

aus Deutschland



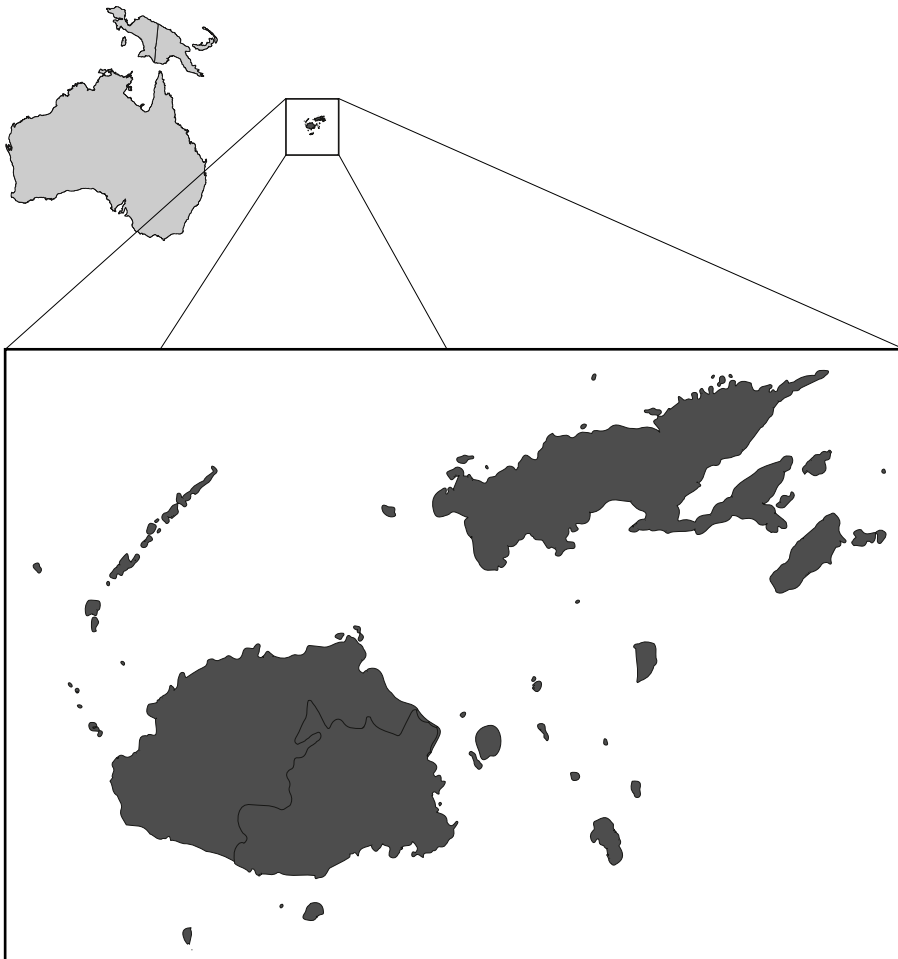
## Stipendien-Aufenthalt in Fidschi

vom 7. November bis 19. Dezember 2014

# Zurück zur Demokratie – Eine Chance für Fidschi?

von Marlena Maerz

Fidschi, vom 7. November bis 19. Dezember 2014



# Inhalt

1. Zur Person	316
2. Wie alles begann	316
3. Vier Putsche innerhalb von 20 Jahren	318
4. Die neue Verfassung und die Wahl	319
5. Medien, Presse, Freiheit?	321
6. Außenpolitik	323
7. Die Menschen	329
7.1 Die Oppositionspolitikerin – Salote Vuibureta Radrodro	330
7.2 Die parteilose Kandidatin – Roshika Deo	332
7.3 Die Bevölkerung	338
7.4 Der Demokratie-Aktivist – Pita Waqavonovono	341
7.5 Der Minister – Parveen Kumar Bala	345
8. Das Parlament	347
9. Vinaka vakalevu – Vielen Dank	349

## 1. Zur Person

Es war ein Bauchgefühl, dass mich 2011 dazu gebracht hat, mein Auslandssemester an der University of the South Pacific in Fidschi zu verbringen. Dabei hätte ich mich fast anders entschieden, nachdem ich ein bisschen mehr über das Land gelesen hatte: Ein Land mit einer Militärregierung, in dem außerdem die Medien zensiert werden, schien mir nicht der beste Ort zu sein, um Politik und Journalismus zu studieren. Ich bin trotzdem hingefahren und habe in den fünf Monaten in Fidschi viel gelernt: Über Medien, über Politik und vor allen Dingen über die pazifischen Inselstaaten.

Für das Jahr 2014 kündigte die Militärregierung in Fidschi freie Wahlen an. Jahrelang hatte sie diese Forderung des Auslandes abgelehnt. Das Heinz-Kühn-Stipendium hat mir die Möglichkeit gegeben, erneut nach Fidschi zu reisen und herauszufinden, wie das Land den Weg zurück zur Demokratie gestaltet und was das für die Zukunft des Landes bedeutet.

Marlena Maerz, Jahrgang 1990, kommt aus Hattingen im Ruhrgebiet und arbeitet für den Norddeutschen Rundfunk in Osnabrück. Sie hat in Eichstätt und München Journalistik studiert und die Redakteursausbildung an der Deutschen Journalistenschule absolviert. Praktische Erfahrung hat sie unter anderem bei der WAZ, der Badischen Zeitung, dem WDR und dem deutschsprachigen Radioprogramm des Senders SBS in Australien gesammelt.

## 2. Wie alles begann

Der Ort, an dem gleich zweimal die Geschichte Fidschis entschieden wurde, liegt nahe der ehemaligen Hauptstadt Levuka, direkt am Meer. Die quadratische Rasenfläche ist von einem weißen Holzzaun umgeben, in der Mitte des Platzes steht ein Fahnenmast, die fidschianische Flagge ist gehisst. Auf hellblauem Grund sieht man das Staatswappen Fidschis und den blau-weiß-roten Union Jack. Zwei Gedenktafeln erinnern an die Daten, die wohl jedes Kind in Fidschi im Geschichtsunterricht lernt: Am 10. Oktober 1874 übergaben hier die Chiefs, die damaligen Machthaber, in einer feierlichen Zeremonie Fidschi an die britische Krone. 96 Jahre später, am 10. Oktober 1970, wurde Fidschi am selben Ort in die Unabhängigkeit entlassen.

Der Ort, an dem zurzeit über die Geschichte Fidschis entschieden wird, liegt nahe dem Zentrum der heutigen Hauptstadt Suva auf einer anderen Insel. Über dem großen, grauen Parlamentsgebäude erhebt sich ein rechteckiger Turm, die vier Uhren an der Spitze des Turmes sind stehen geblieben. In diesem Gebäude finden in diesen Wochen die Sitzungen des erst kürzlich gewählten fidschianischen Parlaments statt. Lange Zeit war fraglich, ob Fid-

schieder wieder eine demokratisch gewählte Regierung bekommen würde. Fast acht Jahre lang herrschte eine Militärregierung. Ob und wie der Weg zurück zur Demokratie für Fidschi nach der Wahl nun weitergeht, wird richtungsweisend sein für die Zukunft des Landes und die Menschen, die dort leben. Deshalb lohnt es sich, sich die aktuellen Entwicklungen in Fidschi genauer anzusehen. Doch um zu verstehen, was gerade in Fidschi passiert, ist es wichtig, die Geschichte des Landes zu kennen.

Als erster Europäer sichtete Abel Tasman 1643 Teile der Fidschi-Inseln im Südpazifik, nordöstlich von Australien. 1774 steuerte Kapitän James Cook eine kleine Insel im Süden Fidschis an. Doch erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts ließen sich erstmals dauerhaft Europäer auf Fidschi nieder. Die ersten Siedler handelten mit den Dingen, die gerade auf dem Weltmarkt gefragt waren: Zunächst mit Sandelholz, später wurden Walfangstationen gegründet und Baumwolle und Zuckerrohr angebaut. Sandelholz und Walfleisch stehen heutzutage nicht mehr auf Fidschis Exportliste, Zucker ist immer noch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Politisch war Fidschi zu dieser Zeit unabhängig. Das Sagen hatten die Chiefs, die Vorsteher der einzelnen Dörfer, die es in Fidschi bis heute gibt und die noch immer als Respektspersonen angesehen werden. Zu Beginn der 1870er Jahre hatte der einflussreichste Chief seiner Zeit, Chief Kakobau, so viele Schulden angehäuft, dass ihm eine Gefängnisstrafe drohte. Ein Chief im Gefängnis? Für Fidschianer zu dieser Zeit undenkbar. Um das zu verhindern, boten 13 Chiefs Fidschi dem britischen Königshaus als Kronkolonie an. Am 10. Oktober 1874 wurde Fidschi dem Vereinigten Königreich offiziell als Kronkolonie unterstellt. Den Tisch, an dem die Verträge unterzeichnet wurden, kann man noch heute in einer Hütte in Levuka besichtigen.

Um eine gute Zusammenarbeit mit den Fidschianern zu erreichen, sicherten die neuen Machthaber ihnen Landrechte zu. Außerdem wurde ein Gesetz erlassen, das die Anstellung von Fidschianern als Plantagenarbeiter verbot. Damit sollte eine Ausbeutung der Einheimischen verhindert werden, um so mögliche Konflikte im Keim zu ersticken. Ab 1879 ließen die Kolonialherren deshalb Arbeiter aus Indien nach Fidschi bringen. Gelockt wurden die Arbeiter mit Fünfjahresverträgen. Viele von ihnen erhofften sich in Fidschi eine bessere Zukunft. Erst 1919 wurde dieses Programm offiziell beendet. Mehr als 60.000 Inder waren bis zu diesem Zeitpunkt auf Grundlage der Fünfjahresverträge nach Fidschi gekommen. Viele von ihnen waren geblieben. Für eine Rückfahrt nach Indien hätten sie meist weitere fünf Jahre arbeiten müssen, andere fürchteten Probleme bei der Rückkehr. Die ehemaligen indischen Arbeiter bauten in Fidschi Geschäfte auf oder betrieben Landwirtschaft. Die Ackerflächen mussten sie pachten, denn: Der Besitz von Land war den einheimischen Fidschianern vorbehalten.

Heute hat Fidschi knapp 837.000 Einwohner. Rund 37 Prozent sind Indo-Fidschianer, also Nachfahren der indischen Arbeiter. 57 Prozent der Bevölkerung sind sogenannte iTaukei, wie die Nachfahren der Einheimischen seit dem 1. Juli 2010 offiziell bezeichnet werden. Zuvor wurde zwischen Indo-Fidschianern und Fidschianern unterschieden, nun werden alle Bewohner Fidschis als Fidschianer bezeichnet.

### 3. Vier Putsche innerhalb von 20 Jahren

1970 wurde Fidschi in Anwesenheit von Prinz Charles in die Unabhängigkeit entlassen. Fidschi wurde eine parlamentarische Demokratie nach britischem Vorbild mit Königin Elisabeth II. als Staatsoberhaupt.

Seit der Unabhängigkeit hat Fidschi vier Putsche erlebt. 1987 fanden gleich zwei Militärputsche statt. Fidschi wurde zur Republik erklärt, die Queen verlor ihr Amt als Staatsoberhaupt. Auslöser war die Sorge der iTaukei, dass die Indo-Fidschianer politisch und wirtschaftlich zu stark werden und die iTaukei ihre Landrechte verlieren könnten.

In den darauffolgenden Jahren wurde die Verfassung mehrfach überarbeitet. Nachdem Mahendra Chaudhry 1999 zum ersten indo-fidschianischen Premierminister gewählt wurde, kam es im Jahr 2000 erneut zu einem Putsch. Zwei Monate lang wurde der Premierminister zusammen mit anderen Männern unter Hausarrest gestellt. Anführer der Putschisten war der Geschäftsmann George Speight, der nach der Wahl seine Posten in den Aufsichtsgremien von zwei fidschianischen Forstbetrieben verloren hatte. Die Putschisten erreichten ihr Ziel: Mahendra Chaudhry musste sein Amt als Premierminister aufgeben. Um den Putsch unter Kontrolle zu bringen, setzte der Kommandant der fidschianischen Streitkräfte, Joasia Voreqe Bainimarama, das Kriegsrecht in Kraft. Nach Ende des Putsches wurde Laisenia Qarase, der ein Kritiker der bisherigen Chaudhry-Regierung war, zum Chef der Übergangsregierung ernannt. Im folgenden Jahr gewann er die Parlamentswahlen und wurde Fidschis neuer Premierminister.

2006 trug sich der vierte und bislang letzte Militärputsch zu. Diesmal mit Ankündigung. Der Oberbefehlshaber der fidschianischen Streitkräfte, immer noch Joasia Voreqe Bainimarama, hatte vom Premierminister zuvor unter anderem gefordert, die Begnadigung für die Putschisten von 2000, die zu dieser Zeit im Parlament diskutiert wurde, nicht zu genehmigen. Da der Premierminister nicht allen Forderungen nachkam, wurde er am 5. Dezember 2006 von Bainimarama seines Amtes enthoben. Dieser warf der bisherigen Regierung unter anderem Korruption und Geldwäsche vor. 2007 übernahm Bainimarama offiziell den Posten als Premierminister. Allerdings ohne eine vorherige Wahl.

Den Vereinten Nationen versprach Bainimarama, 2009 eine demokratische Wahl abzuhalten, verschob den Termin jedoch immer weiter nach hinten. Schließlich verkündete er, dass in Fidschi am 17. September 2014 die versprochene Parlamentswahl stattfinden soll. Und tatsächlich gaben am versprochenen Tag 496.364 Wähler in ganz Fidschi ihre Stimme ab.

#### **4. Die neue Verfassung und die Wahl**

Der Veranstaltungsraum der University of the South Pacific in Fidschis Hauptstadt Suva füllt sich nur langsam an diesem Abend, knapp zwei Monate nachdem Fidschi erstmals seit dem Putsch vor acht Jahren eine neue Regierung gewählt hat. Doch das ist nicht ungewöhnlich. Fidschianer sind für Verspätungen so bekannt wie Deutsche für Pünktlichkeit. In einer Podiumsdiskussion soll an diesem Tag über die vergangene Wahl diskutiert werden. „Hoffentlich befinden wir uns in einem demokratischen Umfeld und können diese offene Diskussion führen“, sagt Vijay Naidu, Professor für Entwicklungsstudien, in seiner Begrüßungsrede. Naidu war Mitglied der Wahlkommission, einer siebenköpfigen Gruppe, die für die Durchführung der Wahl verantwortlich war und das Organisationskomitee beraten hat. Der 63-Jährige erinnert die Zuhörer daran, dass die neue Verfassung Fidschis von den Machthabern der damaligen Bainimarama-Regierung einfach in Kraft gesetzt wurde: „Das war nichts, was die Bewohner Fidschis sich frei ausgesucht haben.“

Geplant war das anders. Eine Expertenkommission sollte den Entwurf für eine neue Verfassung erarbeiten. Vorsitzender der Kommission war der kenianische Verfassungsrechtler Yash Ghai, mehr als 7.000 Eingaben erhielten er und sein Team aus der Bevölkerung. Eine verfassunggebende Versammlung sollte anschließend über die neue Verfassung entscheiden. Doch nachdem die Kommission ihren Entwurf dem fidschianischen Präsidenten Ratu Epeli Nailatikau übergeben hatte, wurden weitere Kopien, die im Umlauf waren, beschlagnahmt und verbrannt. Bainimarama erklärte, dass nun das gesamte fidschianische Volk die verfassunggebende Versammlung sei, präsentierte seine Version des Verfassungsentwurfs und bat die Fidschianer um Kommentare, Hinweise und Anmerkungen. Am 6. September 2013 unterzeichnete der Präsident die neue Verfassung der Bainimarama-Regierung und setzte sie damit in Kraft. Außerhalb des Regierungsgebäudes protestierten an diesem Tag rund 30 Demonstranten gegen die neue Verfassung, 14 von ihnen wurden vorläufig festgenommen. In einer Stellungnahme der Menschenrechtsorganisation Amnesty International heißt es: „Die neue Verfassung untergräbt nicht nur grundlegende Menschenrechte der Bevölke-

rung in Fidschi, sondern garantiert dem Militär, der Polizei und den Regierungsbeamten absolute Immunität für frühere, gegenwärtige und zukünftige Menschenrechtsverletzungen.“

Die Zuschauerreihen haben sich inzwischen weiter gefüllt, Professor Naidu hat das Wort an Pater David Arms übergeben. Der katholische Pastor aus Neuseeland wohnt mit einigen Unterbrechungen seit 1970 in Fidschi, auch er war Mitglied der Wahlkommission. „Die Menschen kamen mit einer sehr positiven Haltung zur Wahl“, sagt er, „auch wenn manche sich wohl ein anderes Ergebnis gewünscht haben.“

32 von 50 Parlamentssitzen gingen an die Partei Fiji First. Vorsitzender dieser Partei und neuer Premierminister Fidschis: Joasaia Voreqe Bainimarama. Die Opposition im Parlament bilden die 15 Abgeordneten der Social Democratic Liberal Party (SODELPA) und drei Abgeordnete der National Federation Party (NFP).

Die Wahl fand nicht nur unter einer neuen Verfassung, sondern auch mit einem neuen Wahlsystem statt. Erstmals galt ganz Fidschi als ein Wahlkreis und die Wähler wurden nicht nach ihren verschiedenen ethnischen Gruppen eingeteilt. Der Slogan „One person. One vote. One value. – Eine Person. Eine Stimme. Ein Wert.“ wurde zum Schlagwort des Wahlbüros, das die Bevölkerung über das neue Wahlsystem aufklärte. Die Wahlzettel sahen aus wie riesige Bingozetteln: Jeder Kandidat hatte vorab eine Nummer zugelost bekommen. Die Wähler mussten die entsprechende Nummer markieren, um dem Kandidaten ihre Stimme zu geben. Zwar gab es in den Wahlkabinen Hefte, in denen die Kandidaten mit ihren jeweiligen Nummern aufgelistet wurden, trotzdem vermutet Pater David Arms, dass einige Wähler versehentlich die falsche Nummer angekreuzt haben. Als Beispiel nennt er einen Kandidaten einer kleineren Partei, der doppelt so viele Stimmen erhalten hat wie der Parteivorsitzende. Die Nummer des Kandidaten war ein Zahlendreher der Nummer Bainimaramas, des jetzigen Premierministers.

Die internationalen Wahlbeobachter stufen die Wahl in Fidschi als frei und glaubwürdig ein. Allerdings äußern sie unter Verweis auf die eingeschränkte Pressefreiheit Bedenken, ob das politische Umfeld überhaupt eine demokratische und faire Wahl zulassen konnte. „Diese Wahl war ein Lernprozess“, erklärt der Politikwissenschaftler Professor Steven Ratuva, der früher Vorsitzender der fidschianischen Bodybuilder Vereinigung war. Die meisten Zuhörer im Saal kennen ihn aus dem Fernsehen. Während der Wahlberichterstattung hat er häufig Sachverhalte und Zahlen eingeordnet. Er ist so etwas wie der Jörg Schönborn der fidschianischen Wahlberichterstattung. Für ihn sind es hauptsächlich drei Faktoren, die den Wahlerfolg einer Partei oder eines Kandidaten beeinflussen: Sichtbarkeit, Bekanntheitsgrad und Relevanz. Die Sichtbarkeit von Fiji First war deutlich höher als



die der anderen Parteien, erklärt Ratuva. Die Partei hätte auf Bainimarama als bekanntes Gesicht gesetzt, eine sogenannte Rockstar-Kampagne gestartet, wie er sagt. Mit Erfolg: Bainimarama erhielt siebenmal mehr Stimmen als der nächste Kandidat seiner Partei. Sichtbarkeit, Bekanntheit, Relevanz. Acht Jahre lang hat Bainimarama vor der Wahl Fidschi regiert. Mit entsprechender Medienberichterstattung.

## 5. Medien, Presse, Freiheit?

„Als Journalist versuchst du normalerweise, hinter die Aussagen zu schauen. Das kannst du hier zurzeit nicht machen. Du berichtest im Prinzip, was sie sagen.“ Die Person, die das sagt, arbeitet in Fidschi als Journalist. Mehr soll über sie nicht bekannt werden. Nicht der Name, nicht das Alter, nicht der Arbeitgeber. Denn Kritik an der Regierung zu üben, ist für Journalisten in Fidschi gefährlich.

Dabei ist die Meinungs- und Pressefreiheit offiziell in Fidschis neuer Verfassung festgeschrieben. Allerdings gefolgt von zahlreichen Paragraphen in denen aufgelistet wird, in welchen Fällen diese Freiheiten eingeschränkt werden können. Und es gibt noch ein Gesetz, das die Journalisten in Fidschi einschränkt: Das Mediengesetz von 2010, erlassen von der damaligen Bainimarama-Regierung. Verstößt ein Journalist gegen dieses Gesetz, weil seine Berichterstattung „gegen das öffentliche Interesse oder gegen die öffentliche Ordnung“ ist, kann er mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 Fidschi-Dollar (FJD umgerechnet etwa 4.000 Euro) oder einer Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren oder beidem bestraft werden. Medienunternehmen müssen mit Geldstrafen bis zu 100.000 FJD (umgerechnet etwa 40.000 Euro) rechnen.

„Es gibt eine Linie“, sagt der Journalist und deutet mit dem Finger einen Strich an, „und es ist deine Entscheidung, ob du diese Linie übertreten möchtest, oder ob du in Sicherheit bleiben möchtest.“ Was passiert, wenn man diese Linie übertritt? „Du kannst deinen Job morgen verlieren, du kannst deinen Job heute verlieren“, sagt er. „Sie beobachten uns sehr genau. Sag etwas Falsches und sie rufen dich an.“

Was richtig und was falsch ist, liegt in diesem Fall meist im Ermessen der Regierung. Der Freedom of the Press Report 2014, in dem Fidschis Presse als „teilweise frei“ eingestuft wird und in dem Fidschi gemeinsam mit Kolumbien und Bangladesch Rang 115 von 197 belegt, nennt dazu das Beispiel des Sportreporters Satish Narayan aus dem Jahr 2013. Narayan, der zu dieser Zeit für den Sender Fiji Television (Fiji TV) gearbeitet hat, hatte bei einer Sportveranstaltung vor laufender Kamera beanstandet, dass die Musik bei der Veranstaltung zu laut sei. Narayan wurde anschließend dazu gezwungen,

seine Stelle aufzugeben. Organisator der Veranstaltung war das Fiji Sports Council, Vorsitzende der Organisation: die älteste Tochter Bainimaramas. Dem Fernsehsender war damit gedroht worden, dass er seine Lizenz verlieren würde, wenn der Reporter den Sender nicht verlassen würde.

Doch auch ohne offensichtliche Drohungen wie in diesem Fall wissen die Mitarbeiter von Fiji TV, dass ihre Arbeitsplätze von den Launen der Regierung abhängig sind. Fiji TV besitzt zurzeit eine Sendelizenz für sechs Monate, die vom Informationsministerium jeweils um weitere sechs Monate verlängert wird. Zumindest war dies bislang immer der Fall. Wenn auch manchmal erst einen Tag, bevor die aktuelle Sendelizenz ausgelaufen wäre. Es wird nicht offen darüber gesprochen, doch es ist davon auszugehen, dass eine Verlängerung der Sendelizenz auch davon abhängt, ob die Regierung mit der Berichterstattung des Senders einverstanden ist.

Dabei ist die jetzige Situation schon eine Verbesserung. 2011 regierte Bainimarama Fidschi noch mithilfe von Notstandsgesetzen, die Medien wurden zensiert: Was in den Zeitungen gedruckt wurde und was nicht, welche Beiträge in den Nachrichtensendungen ausgestrahlt wurden und welche nicht, darüber entschieden Mitarbeiter des Informationsministeriums. Selbst die Übungszeitung der Journalismus Studenten an der University of the South Pacific wurde vom Informationsministerium kontrolliert. Zu dieser Zeit sagten selbst Mitarbeiter einer regionalen Organisation, die Dokumentationen für den gesamten Pazifikraum produziert und deren Sendungen auch im fidschianischen Fernsehen laufen, man unterstütze als internationale Organisation zwar offiziell nicht der fidschianischen Zensur, aber man wisse genau, was man senden könne und was nicht.

Es gab die Hoffnung, dass mit der Wahl 2014 auch die Pressefreiheit in Fidschi Einzug hält. Doch zurzeit sieht es eher so aus, als wäre die direkte Zensur durch eine indirekte Zensur ersetzt worden.

„Wir sind immer noch vorsichtig mit dem, was wir sagen“, sagt der Journalist und erzählt offen, dass die Journalisten in Fidschi sich selbst zensieren. „Um ehrlich zu sein, wir haben bislang noch kein Zeichen von echter Demokratie gesehen, auch nicht in Bezug auf Pressefreiheit.“

Andere Journalisten sehen das ähnlich. „Wir haben keine Pressefreiheit“, sagt ein anderer Journalist. „Wir können so objektiv berichten wie wir wollen. Sie werden das immer noch als eine Gefahr für die Regierung ansehen.“ Junge Journalismus Studenten in Fidschi schrecken diese Arbeitsbedingungen oft davon ab, später wirklich als Journalist zu arbeiten. Viele von ihnen suchen sich lieber Jobs in der Pressearbeit. Diese Stellen sind häufig besser bezahlt und mit weniger Unsicherheiten verbunden. Außerdem stehen sie dort nicht immer vor der Entscheidung, wie weit sie mit ihrer Berichterstattung gehen dürfen.

Für sich persönlich hat der Journalist eine Entscheidung getroffen: „Dies ist nicht die Zeit, um Rambo zu spielen.“ Er glaubt nicht daran, dass sich in den vier Jahren bis zur nächsten Wahl bei der Pressefreiheit etwas verbessern wird: „Wir sehen kein Licht am Ende des Tunnels.“

Einige Wochen nach dem Gespräch mit den Journalisten fordert eine Oppositionspolitikerin offiziell die Abschaffung des Mediengesetzes von 2010. Ob es dazu kommen wird, ist fraglich. In Kraft gesetzt hat das Gesetz Bainimarama. Seine Partei besitzt derzeit die Mehrheit im Parlament. Auch der Vorsitzende der Media Industry Development Authority (MIDA), dessen Organisation unter anderem dafür zuständig ist, die Minister in Fragen, die die Medien betreffen, zu beraten, steht einer Abschaffung des Mediengesetzes und der Herstellung von Pressefreiheit skeptisch gegenüber. „Es geht bei dieser Frage wirklich um die Auswirkungen von unregulierter freier Meinungsäußerung“, wird der MIDA-Vorsitzende Ashwin Raj auf der Internetseite von Fiji TV zitiert. „Man muss nur auf die Tragödie schauen, die in Paris stattgefunden hat“, sagt Raj etwa zwei Wochen nach dem Anschlag auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo, „das hing mit unregulierter freier Meinungsäußerung zusammen.“

## 6. Außenpolitik

„Außenpolitik war nicht wirklich ein Thema bei der Wahl“, hatte der Politikwissenschaftler Greg Fry bei der Podiumsdiskussion an der Universität gesagt. Trotzdem hat sich gerade hier für Fidschi seit der Wahl im September 2014 einiges getan. Und insbesondere im Bereich der Außenpolitik scheinen die Menschen in Fidschi die Hoffnung zu haben, dass sich durch die Wahl etwas verändern wird. Gut möglich, dass sie Recht behalten werden.

Es ist Mitte November. Seit einigen Tagen stehen an den Straßenrändern der Hauptstadt Suva große Tafeln mit den fidschianischen und indischen Landesfarben: Helle Blautöne mischen sich mit weiß, grün und orange. Groß auf den Tafeln zu sehen: ein Porträt des indischen Premierministers Narendra Modi und der Schriftzug „Bula Vinaka and Welcome to Fiji“. Es ist der erste Besuch eines indischen Premierministers seit 33 Jahren, der hier angekündigt wird. Modi legt auf der Rückreise vom G20-Gipfel im australischen Brisbane einen Zwischenstopp in Fidschi ein. Der Inselstaat im Südpazifik liegt normalerweise selten auf der Reiseroute von Staats- und Regierungschefs.

Umso größer fällt der Empfang für Modi am 19. November 2014 aus. Die offizielle Begrüßungszeremonie findet im Albert Park statt, einer großen

Grünfläche neben dem Parlamentsgebäude, benannt nach dem Ehemann der früheren britischen Königin Victoria. Normalerweise kann man hier auf der von Palmen umgebenen Rasenfläche Fidschianern beim Rugby- oder Kricketspielen zusehen. Einmal im Jahr findet an dieser Stelle das Hibiskus Festival statt, das größte Volksfest Fidschis. Der Albert Park ist so etwas wie die Theresienwiese Fidschis. An diesem Tag sind hier große Pavillons und offene Festzelte aufgebaut. Der offene Pavillon für die Staatsoberhäupter, der gegenüber der festen Tribüne steht, ist mit traditionellen fidschianischen Stoffen geschmückt. Schwarze und fuchsrote Ornamente auf cremeweißem Grund. Der Pavillon wird flankiert von zwei weiteren offenen Zelten, in denen nach und nach die Ehrengäste Platz nehmen. Parlamentsabgeordnete, Botschafter und Regierungsvertreter anderer Pazifikstaaten, die Bainimarama zu einem Treffen mit Modi eingeladen hat. An den Seiten des von Seilen eingefassten Rasenstücks, das etwa so groß ist wie eine Turnhalle, stehen lange offene Festzelte. In einem Festzelt sitzen Schüler mit kleinen Indienflaggen in der Hand. Sie tragen Schuluniformen, blaue Kleider mit weißen Kragen, rote Blusenkleider, blaue Röcke mit Blusen bei den Mädchen und Hemden bei den Jungen. Sulus, wie die dreiviertel langen Röcke heißen, werden in Fidschi von Frauen und von Männern getragen. In dem gegenüberliegenden Zelt warten Menschen aus der Bevölkerung. Viele von ihnen tragen bunte Saris. Auch sie haben eine indische Flagge in der Hand und eine kleine Flasche Wasser. Beides gab es kostenlos hinter der Eingangskontrolle. Die Sicherheitsleute haben zwei provisorische Sicherheitsschleusen aufgebaut, ähnlich wie am Flughafen. Das Gelände ist lediglich mit Seilen in Hüfthöhe abgesperrt. Plötzlich wird es in den Reihen der Zuschauer unruhig. Auf dem Parkplatz des Grand Pacific Hotels, einem frisch renovierten und gerade wieder eröffneten Hotels aus der Kolonialzeit, starten die ersten Motorräder ihre Motoren und setzen sich in Bewegung. Im Schritttempo fahren sie die knapp 50 Meter bis zum Eingang des Albert Parks. Dunkle Limousinen mit der indischen und der fidschianischen Flagge auf der Kühlerhaube folgen ihnen. Als der indische Premierminister aus dem Auto steigt, den Zuschauern zuwinkt und die Stufen zur Ehrentribüne hinaufschreitet, erklingen „Modi, Modi“ Sprechchöre. Die traditionelle fidschianische Begrüßungszeremonie, die kurz darauf beginnt, dauert fast eine Stunde. Bainimarama hatte bereits vor dem Besuch Modis verkündet, dass der indische Premierminister mit einer traditionellen fidschianischen Zeremonie begrüßt werden würde. Bainimarama, der nicht nur Premierminister ist, sondern auch Minister für die Zuckerindustrie und iTaukei-Angelegenheiten, sieht darin einen Beleg dafür, dass seine Regierung die traditionelle Kultur Fidschis schütze.

Inzwischen hat vor der Ehrentribüne eine Gruppe von knapp 60 Männern einen fidschianischen Gesang angestimmt, begleitet von Trommeln

und rhythmischem Klatschen. Die Männer tragen knielange Röcke aus Gras und Blättern. Um die Oberarme und um den Hals haben sie traditionelle Armbänder und Ketten aus den gleichen Materialien. Einige der Männer erheben sich. Begleitet von den Gesängen der anderen, die im Schneidersitz auf dem Boden sitzen, wiegen sie sich im Rhythmus der Musik, vollführen Drehungen und Bewegungen mit geflochtenen Fächern aus getrocknetem Gras, die sie in der Hand halten. Schließlich schreitet ein Mann, der in ein braunes Gewand gekleidet ist, das wie die Rinde eines Baumes aussieht, die Treppen zur Ehrentribüne hinauf. Mit ausgestreckten Armen trägt er eine halbierte Kokosnussschale vor sich her. Vor dem indischen Premierminister geht der Mann in die Knie und gießt den Inhalt der Schale in eine kleinere Kokosnussschale, die Modi kurz zuvor von einem seiner Leibwächter angereicht wurde. Modi schaut kurz zur Seite, dann setzt er die Schale an und leert sie in einem Zug. Dass Modi, wie es die fidschianische Tradition verlangt, anschließend dreimal in die Hände klatscht, geht im Applaus der Zuschauer unter.

Nachdem ein Gast in der Begrüßungszeremonie Yagona getrunken hat, so sagen es die Fidschianer, ist er kein Fremder mehr. Yagona, häufig auch Kava genannt, ist das traditionelle Getränk in Fidschi. Hergestellt wird es aus den Wurzeln des Pfefferstrauchs. Diese werden getrocknet, zu einem feinen Pulver zerstoßen und anschließend in einer besonderen Holzschale, der sogenannten Tanoa, mit Wasser aufgegossen. Das Getränk ist schlammfarbig und es gibt Menschen, die behaupten, dass es genauso schmecke, wie es aussehe. Kava hat eine entspannende Wirkung. Früher wurde es nur zu besonderen Anlässen, oder bei religiösen Zeremonien getrunken. Inzwischen ist es in Fidschi üblich, dass man sich mit Nachbarn, Verwandten oder Freunden zum Kava-Trinken trifft, sich auf dem Boden auf Matten um die Tanoa versammelt, die Kokoschale mit Kava kreisen lässt und sich unterhält. Kava ist so etwas wie das Nationalgetränk Fidschis.

Nach der offiziellen Begrüßungszeremonie geht es im Albert Park mehr um Symbolik als um tiefgreifende politische Themen. „Dies ist ein neues Kapitel“, sagt Bainimarama, der in Jackett, Hemd und schwarzem Sulu, dem traditionellen fidschianischen Wickelrock, am Rednerpult steht. „Dies ist der Besuch des Staatschefs der weltweit größten Demokratie in Fidschi – einer Nation, die gerade die erste wirkliche Demokratie in seiner Geschichte eingeführt hat. Wir sind nun eine Nation, in der alle Menschen gleich viel zählen“, sagt Bainimarama und wartet den Applaus des Publikums ab. „Ich bin mir sicher, dass Fidschi viel von Indien lernen kann. Und ich bin mir ebenso sicher, dass Fidschi viel zu bieten hat“, fügt er hinzu. Bainimarama verspricht, dass Modi und er später eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnen wollen, dann überlässt er seinem Gast das Rednerpult.

„Bula“, das Publikum applaudiert dem indischen Premierminister für die Begrüßung in der Sprache des Gastgeberlandes. „Nach dieser Begrüßungszeremonie, fühle ich mich nicht mehr wie ein Besucher. Ich habe das Gefühl, dass ich hierher gehöre“, hallt es aus den Lautsprechern. Erneut Applaus, Jubelrufe. Gastfreundschaft ist für Fidschianer wichtig, Gäste wurden hier schon immer hoch geschätzt. Früher mussten Besucher lange und gefährliche Reisen mit dem Boot auf sich nehmen, um nach Fidschi zu gelangen. Das machte sie besonders. Diese Gastfreundschaft hält bis heute an. „Wir bauen eine Kooperation zwischen unseren beiden Ländern auf und eine internationale Beziehung“, sagt Modi. Mit einem „Vinaka“ bedankt er sich bei seinen Zuhörern.

Anschließend lässt Bainimarama Modi den Vortritt. Sie schreiten die Treppe der Ehrentribüne herab in Richtung der Zuschauer. Die Menschen drängen auf die Absperrung zu. Handykameras werden gezückt. Modi dreht eine Runde um die Rasenfläche, umringt von fidschianischen und indischen Sicherheitskräften. Ein Gruß, die Handykameras frieren den Moment in einem Schnappschuss ein, Menschen in der ersten Reihe, die einen flüchtigen Händedruck Modis ergattern konnten, schauen triumphierend, während der indische Premier schon wieder einige Schritte weiter gegangen ist. Bainimarama lässt sich Zeit, versucht nicht, sich dem Gewusel um den indischen Premier anzuschließen. Um ihn ist es ruhiger. Bainimarama stellt sich neben die Schulkinder, lächelt in die Kamera, ein Erinnerungsfoto vom Schulausflug. Auch bei den Erwachsenen bleibt er stehen, schüttelt Hände, wechselt ein paar Worte, ein Premierminister zum Anfassen. Nachdem er etwa auf der Hälfte der Platzrunde angekommen ist, bricht Bainimarama seine Gruß-Tour ab. Modi hat seinen Begrüßungsrundgang beendet. Bainimarama winkt den Menschen auf der anderen Seite der Rasenfläche noch kurz zu, dann steigen Modi und er erneut in die dunklen Limousinen. Nun geht es an die politischen Gespräche.

Nach Modis Besuch wird verkündet, dass Fidschianer von nun an bei Ankunft in Indien ein freies Visum bekommen. Außerdem stellt Indien unter anderem 70 Millionen US-Dollar für die Renovierung der Zuckerfabrik in der Stadt Ba zur Verfügung und fünf Millionen US-Dollar für die Förderung von Dörfern im ländlichen Raum. Die Zahl der Stipendien für fidschianische Studenten, die an einer indischen Universität studieren möchten, soll verdoppelt werden. Bainimarama verkündet, dass es weitere rund 15 Vorhaben zur Zusammenarbeit zwischen Fidschi und Indien gebe, beispielsweise auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Gesundheitswesens, der Wirtschaft und beim Sport.

Zu diesem Zeitpunkt wird an den Ausfahrtsstraßen Suvas mit Tafeln bereits der nächste Staatsbesuch angekündigt. Das hellblau der fidschianischen

Flagge mischt sich diesmal mit den Rot- und Gelbtönen der chinesischen Flagge. Von den Plakaten lächelt Xi Jinping, der chinesische Präsident, der zwei Tage später nach Fidschi kommen wird.

Nach seinem Besuch wird verkündet, dass Fidschianer, die nach China reisen, bei der Einreise ein Visum bekommen. Außerdem verspricht Jinping unter anderem zusätzliche Hilfszahlungen und Kredite in Höhe von 50 Millionen Dollar und den Bau einer Sportanlage sowie eines chinesischen Kulturzentrums.

„Ich denke, diese Ereignisse hätten vielleicht nicht stattgefunden, wenn wir die Wahl nicht abgehalten hätten“, sagt Professor Sandra Tarte wenige Tage nach den beiden Staatsbesuchen. Sie sitzt in ihrem Büro an der University of the South Pacific. Von draußen klingt das Brummen eines Rasenmähers in ihr Büro. Das Universitätsgebäude ist umgeben von Grün: Rasenflächen, Bäume, heimische Pflanzen. Vor sechzig Jahren wurde die University of the South Pacific gegründet, die von insgesamt zwölf Pazifikstaaten getragen wird. Der Hauptcampus befindet sich in der fidschianischen Hauptstadt Suva auf dem Gelände eines früheren Militärstützpunktes. Studenten aus der ganzen Region kommen nach Suva, um hier zu studieren. In den Seminaren sitzen Studenten aus Samoa, Tonga, Tokelau, den Cook-Inseln, Niue, den Salomonen, Kiribati, den Marshallinseln, Tuvalu, Vanuatu, Nauru und Fidschi sowie Austauschstudenten aus der ganzen Welt. Hier unterrichtet Sandra Tarte Politik und Internationale Beziehungen. Sie beobachtet das politische Geschehen in Fidschi seit langem. Fidschi sei traditionell immer mit westlichen Ländern verbunden gewesen, sagt sie. Australien und Neuseeland als nächste Partner, auch geographisch. Doch Großbritannien, die Europäische Union, die USA und Japan hätten auch immer eine wichtige Rolle gespielt. Seit den beiden Putschen in diesem Jahrtausend habe sich das allerdings gewandelt, erzählt Tarte. „Es gab sehr offenkundige Spannungen“, sagt sie. Am schwersten wäre es mit Australien und Neuseeland gewesen, die auch in der Region vertreten sind.

2006 wurde nach dem Putsch die Mitgliedschaft Fidschis im Commonwealth of Nations, einer Vereinigung von Staaten, die früher zum Britischen Empire gehörten, ausgesetzt. 2009 erfolgte dann der Ausschluss Fidschis, nachdem die Bainimarama-Regierung nicht innerhalb der geforderten Frist demokratische Wahlen abgehalten hatte. Im selben Jahr wurde Fidschi insbesondere auf Betreiben von Australien und Neuseeland aus dem Pacific Islands Forum, einem Zusammenschluss verschiedener Staaten der Pazifikregion, ausgeschlossen. Nach dem Putsch hatten Australien und Neuseeland sowie Fidschi zudem mehrfach Diplomaten des jeweils anderen Landes ausgewiesen. Die EU äußerte sich am 11. Dezember 2006 zu dem Militärputsch: „Der Rat verurteilt die Machtübernahme durch das Militär in

Fidschi wie auch die Absetzung der demokratisch gewählten Regierung des Landes. Er bedauert die Schritte, die Commodore Bainimarama und die Streitkräfte der Republik Fidschi mit der Absetzung des Premierministers und der Übernahme der Exekutivgewalt im Land unternommen haben. Der Rat ruft eindringlich zur unverzüglichen und vollständigen Wiederherstellung der Demokratie und zur möglichst baldigen Rückkehr der Zivilregierung auf.“ Im Oktober 2007 gab die EU bekannt, dass sie die Entwicklungszusammenarbeit mit Fidschi reduzieren und verschiedene Hilfszahlungen einstellen werde. Die fidschianische Regierung schaute sich daraufhin nach neuen Verbündeten um.

„Fidschi hat versucht, seine Beziehungen zu den benachbarten Inselstaaten und mit internationalen Partnern zu stärken“, sagt Tarte. Die Bainimarama-Regierung rief beispielsweise mit dem Pacific Islands Development Forum eine Austauschplattform für pazifische Inselstaaten ohne die beiden regionalen Großmächte Australien und Neuseeland ins Leben. Ein Gegenentwurf zum Pacific Islands Forum, von dem Fidschi ausgeschlossen worden war. Auf internationaler Ebene seien bereits seit 2001 die Verbindungen mit China verstärkt worden, erklärt Tarte. Zurzeit wird beispielsweise an der Queens Road, außerhalb der Hauptstadt, mit chinesischer Hilfe ein neues Krankenhaus gebaut. „Wir sind vor einigen Jahren auch der Bewegung der Blockfreien Staaten beigetreten“, sagt Tarte, „Das hat ein neues Forum für neue Partner, wie beispielsweise Nordkorea eröffnet. Länder, mit denen wir nicht viel gemeinsam haben. Hoffentlich.“

Am 26. September 2014, elf Tage nach der Wahl, wurde Fidschi wieder als vollwertiges Mitglied in den Commonwealth of Nations aufgenommen. „Die Gruppe hat beschlossen, dass Fidschis Ausschluss vom Council of Commonwealth aufgehoben werden soll als Anerkennung für die glaubwürdige Wahl, die am 17. September 2014 abgehalten wurde und der Amtsübernahme durch eine demokratisch gewählte Regierung“, heißt es in einer Pressemitteilung des Commonwealth. „Die Gruppe gratuliert der neu gewählten Regierung von Voreqe Bainimarama und forderte alle Akteure in Fidschi dazu auf, mit der Zusammenarbeit fortzufahren, um die demokratische Kultur zu stärken und ermutigt sie, die Möglichkeiten zum Dialog und nationalem Ausgleich zu entdecken.“ Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beschlossen am 27. November 2014, die Beschränkungen in der Entwicklungszusammenarbeit aufzuheben. Das Büro der EU-Vertreter für den Pazifikraum befindet sich im obersten Stockwerk des größten Hochhauses in Suva. Von hier aus lenken Mitarbeiter die Zusammenarbeit zwischen der EU und elf Pazifikstaaten sowie vier Überseeterritorien. Über der Eingangstür weht die europäische Flagge: Zwölf gelbe Sterne auf blauem Grund. Die politische Situation in Fidschi möchten die Mitarbeiter der EU-Abordnung



nicht groß kommentieren. Man bleibt im Gespräch bei diplomatischen Äußerungen. Durch die Wahl sei Fidschi zu demokratischen Strukturen zurückgekehrt, heißt es von den EU-Vertretern in der Pazifikregion. Dadurch hätten sich die Verbindungen verbessert und die Fortsetzung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit werde ermöglicht. Spricht man die Vertreter auf das Wahlergebnis und die Tatsache an, dass mit Bainimarama der Führer der Militärregierung zum Premierminister gewählt wurde, heißt es: „Das ist eine Tatsache und wir müssen uns auf die gewählte Regierung einlassen.“ Es sei gut, dass nun auch Frauen im Parlament vertreten seien, wird schnell hinzugefügt. Wie es mit Fidschi weiter gehen wird? „Die Festigung der Demokratie ist ein Langzeitprozess und wir erwarten, dass die kommende und die darauffolgende Wahl eine Schlüsselrolle in diesem Prozess spielen werden“, so die Einschätzung der EU-Vertreter. Die Angst vor einem Putsch und Instabilität sei bei der diesjährigen Wahl einer der wichtigsten Gründe für den Sieg der Partei Bainimaramas, Fiji First, gewesen. Die Partei sei als ein Garant für Stabilität gesehen worden, insbesondere von den Indo-Fidschianern. Was die Wahl für die Zukunft Fidschis bedeutet? „Der Rahmen für einen Wandel ist da. Ob dies wirklich geschehen wird, bleibt abzuwarten.“

Durch die Wahl, erklärt Sandra Tarte, könnten Länder, die sich zuvor unwohl dabei gefühlt hätten, Beziehungen mit Fidschi zu haben, diese normalisieren. Es sei wichtig, dass es nun Klarheit darüber gebe, mit wem man es zu tun habe und dass es Stabilität gebe. „Ich denke, wir in Fidschi können sagen, dass dies ein erster Schritt ist. Wir haben wieder ein Wahlsystem, ein parlamentarisches System“, sagt Tarte. „Es mag noch immer Hemmnisse geben. Vielleicht ist dies erst ein erster Schritt. Wir kommen voran bis zur nächsten Wahl und bauen langsam ein demokratischeres System.“

## 7. Die Menschen

Wie es mit Fidschi nach der Wahl genau weitergeht, kann derzeit niemand mit Sicherheit sagen. Erst wenige Wochen sind seit der Wahl vergangenen, Veränderungen brauchen Zeit. Um herauszufinden, was die erste demokratische Wahl nach fast acht Jahren Militärregierung für die Zukunft Fidschis bedeutet, ist es vielleicht am besten, sich die Menschen anzuschauen, die Fidschis Zukunft beeinflussen möchten. Wenn man mit den Menschen spricht, die sich auf verschiedene Weise, aus verschiedenen Gründen, in verschiedenen Positionen und in verschiedenen politischen Lagern für die Zukunft Fidschis engagieren, bekommt man ein Gefühl dafür, vor welchen Herausforderungen die Politik in diesem Land steht. Wie möchten die Menschen diese Herausforderungen angehen? Welche Ziele möchten sie erreichen? In

diesen Wochen wird im fidschianischen Parlament der Haushaltsentwurf diskutiert. Dabei zeigt sich, dass jeder seine eigene Vorstellung davon hat, was für die Zukunft des Landes von Bedeutung ist und dass es verschiedene Ansichten darüber gibt, wie diese Ziele erreicht werden können.

### **7.1 Die Oppositionspolitikerin – Salote Vuibureta Radrodro**

Sie möchte Fidschi zurück zur Demokratie bringen. Deshalb ist sie bei der Wahl als Kandidatin angetreten: Salote Vuibureta Radrodro, 57 Jahre alt, iTaukei und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Social Democratic Liberal Party (SODELPA). Von 496.364 Wählern haben 2.300 für sie gestimmt. „Ich habe gesehen, dass Menschenrechte missachtet wurden“, sagt Radrodro wenn sie über die Zeit des Militärregimes spricht. Frauen und Kinder hätten am meisten unter der militärischen Regierungsverwaltung gelitten, sagt sie. Das habe sie dazu bewegt, bei der Wahl anzutreten.

Radrodro wundert sich noch immer darüber, dass Bainimarama die Wahl so deutlich gewonnen hat. 202.459 Stimmen hat der frühere Chef der Militärregierung und jetzige Premierminister bekommen, mehr als 40 Prozent der Wähler haben ihn gewählt. Zum Vergleich: Ro Teimumu Vuikaba Kepa, Spitzenkandidatin von SODELPA holte bei der Wahl das zweitbeste Ergebnis: 49.485 Stimmen. Mehr als 150.000 Stimmen weniger als Bainimarama. Wenn Radrodro darüber nachdenkt, kann sie sich erklären, weshalb Bainimarama die Wahl so deutlich gewonnen hat: „Um Wahlen zu gewinnen, musst du die Ressourcen haben“, sagt sie, „und die wichtigste Ressource, die du an deiner Seite haben musst, sind die Medien.“ Wegen des geltenden Mediengesetzes habe Fiji First gegenüber allen anderen Parteien einen Vorteil gehabt. Wenn sie die Zeitung aufschlage, könne sie täglich sehen, dass die Medien noch immer sehr vorsichtig seien. Das könne man beispielsweise in den Kommentarspalten der Zeitungen lesen. Vor allen Dingen bei der eher regierungskritischen „Fiji Times“ sei man nach wie vor vorsichtig. Die andere große Zeitung Fidschis, die „Fiji Sun“, sei so etwas wie die Medienmaschine der Regierung. Eine Einschätzung, die viele Menschen in Fidschi teilen. Kritisiert werde in der „Fiji Sun“ selten, die Arbeit der Regierung werde meistens gelobt.

Bevor Radrodro sich dazu entschlossen hat, in die Politik zu gehen, hat sie bis zu ihrem Ruhestand vor zwei Jahren 36 Jahre als Beamtin für die Regierung gearbeitet. Die Arbeit für die Regierung ist also nichts Neues für sie. Aber jetzt, als Parlamentarierin, könne sie wirklich bei der Gesetzgebung mitwirken und die Politik gestalten. Neu ist es hingegen für Radrodro, öffentlich über ihre politischen Ansichten zu sprechen. Als Beamtin war sie an

einen Verhaltenskodex gebunden. Sie hatte unpolitisch zu sein. Und sie hatte sich damit ganz gut arrangiert, sagt sie. Zu Beginn des Wahlkampfes sei es für sie eine Herausforderung gewesen, sich umzustellen und offen über Politik zu sprechen. „Aber jetzt versuche ich, meine Oppositionsbrille aufzusetzen und die Regierung mit kritischen Augen zu betrachten“, sagt sie, „und ich glaube, das klappt ganz gut.“

Eine Herausforderung für das neue Parlament werde die bevorstehende Haushaltsdebatte sein, erklärt die Oppositionspolitikerin. Die Regierung habe die Aufgabe, ihre Versprechen umzusetzen, um das Leben der Bevölkerung zu verändern. Bisher sei es noch zu früh, wirkliche Veränderungen zu sehen. „Vielleicht werden wir nach vier Jahren Veränderungen sehen“, meint Radrodro. Sie weist darauf hin, dass die Regierung zunächst nur für die nächsten vier Jahre gewählt ist: „Es sind nur vier Jahre. Die Militärregierung hat acht lange Jahre regiert.“ Wirkliche Veränderungen müssen vom Volk anerkannt werden. „Diese Regierung“, sagt sie, „hat mehr von oben herab diktiert.“ Radrodro erinnert daran, dass über die Verfassung nicht öffentlich beraten wurde: „Diese Verfassung, die nur von der Militärregierung in Kraft gesetzt wurde, ist die Verfassung für diese neue Demokratie.“ Die Fidschianer seien dazu gebracht worden, die neue Verfassung zu nutzen. „Und das ist etwas“, sagt sie, „mit dem Fidschi klar kommen muss.“

Radrodro glaubt, dass die Bevölkerung an der Basis gerade aufwacht. Insbesondere bei Themen, bei denen es um die natürlichen Ressourcen geht. Die Menschen auf der Gemeindeebene seien häufig nicht so gebildet. All die neuen Gesetze seien für sie schwer zu verstehen, sagt Radrodro. Häufig verstehen die Menschen erst, worum es geht, wenn wirklich etwas passiert, was mit diesen Gesetzen zu tun hat. Als Beispiel nennt Radrodro das neue Gesetz zur Landnutzung. Das Land einer Gemeinde in der Provinz Bua wurde dem Staat übertragen. Dieser verpachtete das Land an eine chinesische Firma, die dort Bauxit-Abbau betreiben wollte. Aber erst als der Abbau wirklich begann, wurde den Menschen klar, was dieses Gesetz für sie bedeutet. Viele Anwohner waren zuvor davon ausgegangen, dass das Bauxit in Fidschi weiterverarbeitet werden würde. Doch das war nicht der Fall. Die abgebaute Erde wurde nach China verschifft. Die Arbeitsplätze und die Gewinne durch die Weiterverarbeitung entstanden also nicht vor Ort. „Ich war schockiert als ich gehört habe, dass die Erde nach China verschifft wurde“, sagt die Oppositionspolitikerin. Sie könne verstehen, dass Grundbesitzer sich ausgetrickst fühlen, wenn ihnen die Folgen solcher Verträge nicht vorab verständlich erklärt werden.

„Für uns iTaukeis ist das Land Teil unserer Identität“, erklärt Radrodro. Sie selbst kommt von der Inselgruppe Lau. „Das sind kleine Inseln, die im Ozean verstreut sind.“ Sobald ihr jemand sagt, dass er auch von der Lau-Gruppe komme, sei direkt eine Verbindung da. Auch Menschen, die

wie Radrodro seit Jahrzehnten in der Hauptstadt wohnen, nennen auf die Frage, wo sie herkommen, immer den Namen ihres Geburtsortes. „Das ist etwas“, sagt sie, „was uns iTaukeis sehr am Herzen liegt.“

Nach acht Jahren Militärregierung habe Fidschi nun ein neues Kapitel aufgeschlagen. „Aber die Kapitel der vergangenen acht Jahre haben wir nicht wirklich abgeschlossen, weil wir sie nicht abschließen können.“ Nach der Wahl hätten viele Menschen erst einmal einen Seufzer der Erleichterung ausgestoßen, sagt Radrodro. Aber es gebe Probleme in Fidschi, die noch nicht gelöst seien. Vor allen Dingen, was das Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen angeht. „Die Geschichte hat gezeigt, dass es immer Probleme dabei gibt, zusammenzukommen und einander zu akzeptieren.“ Radrodro vergleicht Fidschi mit Südafrika. Dort hat es eine sogenannte Wahrheits- und Versöhnungskommission gegeben, die die politisch motivierten Verbrechen während der Zeit der Apartheid untersucht hat. „Ich habe das Gefühl, dass Fidschi diesen Prozess gerade auslöst, den alle Länder, in denen verschiedene Bevölkerungsgruppen zusammenkommen, durchleben müssen.“

„Ich denke, was Fidschi gerade erlebt, ist Teil des Entwicklungsprozesses unserer Nation.“ Radrodro sieht Fidschi als ein Kind, das aufwächst. „Wenn man jung ist, stolpert man und fällt hin. Man verletzt sich. Aber das Wichtigste ist, wieder aufzustehen und weiterzumachen und weiter zu wachsen.“ Fidschi sei mit seiner Demokratie hingefallen. Nun, nach der Wahl, ist Fidschi in einer Phase, in der es wieder aufsteht. „Es ist Zeit, dass wir anfangen zu laufen und es schaffen, Fortschritte zu machen zum Wohl der Menschen.“

## 7.2 Die parteilose Kandidatin – Roshika Deo

Sie würde jetzt lieber im Parlament sitzen als in diesem Café unweit des Regierungsbüaus. Doch die Fünf-Prozent-Hürde stand ihr im Weg: Roshika Deo, 33 Jahre alt, Indo-Fidschianerin, Feministin und bei der Wahl im September eine von zwei parteilosen Kandidaten. 1.055 Stimmen hat sie bei der Wahl bekommen. Einem Kandidaten der Partei Fiji First reichten bereits 830 Stimmen für den Einzug ins Parlament. Es ist leichter, als Partei fünf Prozent der Stimmen zu bekommen, als alleine.

„Unterstützen und wählen sind bei uns zwei unterschiedliche Dinge“, sagt Deo. Mindestens 1.000 Unterschriften braucht man in Fidschi für eine Kandidatur. Das schreibt das neue Wahlgesetz vor. 2.790 Menschen haben vor der Wahl eine Unterschrift abgegeben, um Deos Kandidatur zu ermöglichen. „Ich denke, dass die Menschen ursprünglich wirklich vorhatten, mich zu wählen“, sagt Deo. Doch in der letzten Woche vor der Wahl sei die po-

litische Stimmung im Land gekippt. Bei Wahlkampfveranstaltungen hätten die Leute im Publikum andere Fragen gestellt als noch wenige Wochen zuvor: „Was passiert, wenn es erneut einen Putsch gibt? Was passiert, wenn das Militär sich wieder einmischt?“, das seien einige der Sorgen gewesen, die sich in der Bevölkerung breit gemacht hatten. Es habe eine große Unsicherheit geherrscht, sagt Deo.

Bereits zwei Tage vor der Wahl sei ihr klar gewesen, dass sie es nicht ins Parlament schaffen wird: „Bis zu diesem Zeitpunkt haben wir gedacht, dass wir es schaffen werden. Aber am 15. September war klar, dass ich nicht gewinnen werde.“ Der 15. September war der letzte Tage vor der Wahl, an dem die Medien über den Wahlkampf berichten durften. Die letzten zwei Tage vor der Wahl herrschte eine Nachrichtensperre. Die war im Wahlgesetz vorgeschrieben. Bei einem Verstoß drohten eine Geldstrafe von bis zu 50.000 FJD (etwa 20.000 Euro) und eine Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren. Diese Regelung wurde gerade im Ausland mit Skepsis aufgenommen. In der letzten Woche vor der Wahl, so Deos Eindruck, wurde in den Medien fast ausschließlich über die Parteien Fiji First und SODELPA berichtet. „Alle anderen waren mehr oder weniger ausgeschlossen“, sagt sie, „das war hart.“

Noch am Tag der Wahl, um 11.30 Uhr, erzählt Deo, habe sie den ersten Anruf bekommen. Eine Frau von der zweitgrößten Insel Fidschis, Vanua Levu, die Deos Wahlkampf unterstützt hatte, war am Telefon: „Sie sagte, dass sie wirklich stolz auf mich sei und dass sie sich wirklich wünschen würde, dass ich ins Parlament komme, aber sie wolle ehrlich zu mir sein: ‚Ich habe alle deine Flyer verteilt, aber ich habe dich nicht gewählt. Und wir sind elf Leute in unserer Familie und wir haben uns einen Tag vor der Wahl dazu entschlossen, nicht für dich zu stimmen.‘“ Sie habe nicht gewusst, wie sie reagieren soll, sagt Deo: „Ich hatte nicht damit gerechnet, dass die Menschen mir so etwas erzählen würden.“ Die indo-fidschianische Frau erzählte weiter: „Wir haben Angst bekommen, dass es, wenn SODELPA gewinnt, für uns wirklich schwer werden würde und dass wir leiden würden und deshalb haben wir Fiji First gewählt.“ Dies sei nicht der einzige Anruf geblieben. Auch auf Facebook oder per E-Mail hätten sich zahlreiche Leute bei ihr gemeldet. Viele hätten ihr geschrieben, dass sie Angst bekommen hätten, dass es Instabilität im Land geben würde, wenn Fiji First nicht gewinnt. „Die Menschen haben in dieser Wahl nicht für Repräsentation gewählt“, sagt Deo. „Sie haben aus Angst und Unsicherheit gewählt.“

Deo hat den Eindruck, dass die Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen derzeit schlimmer sind als vor dem Putsch von 2006: „Es gibt viel Rassismus. Und viel Rassismus ist während des Wahlkampfes aufgekommen.“ Das Problem sei, dass es in Fidschi nie eine Möglichkeit gegeben hätte, wirklich offen über diese Probleme zu sprechen und diese

Probleme zu lösen. „Es war immer erzwungen“, sagt Deo, „entweder wurde es den Indo-Fidschianern aufgezwungen oder es wurde den iTaukei aufgezwungen.“ Alle anderen Putsche seien im Namen der iTaukei geschehen, der Putsch von 2006 im Namen der Indo-Fidschianer. „Aber es waren immer Putsche, die auf die Ethnien zurück gegangen sind.“ Auch im Alltag sehe sie immer wieder die Trennung zwischen iTaukeis und Indo-Fidschianern. Ein Beispiel dafür seien Hochzeiten: Wenn Indo-Fidschianer heiraten, seien in der Regel 95 Prozent der Gäste Indo-Fidschianer, drei Prozent der Gäste seien ausländische Arbeitskollegen und vielleicht zwei Prozent iTaukeis. Dasselbe gelte umgekehrt für Hochzeiten von iTaukeis. „Wir leben zusammen in diesem Land, wir kennen einander, wir sind zusammen zur Schule gegangen, wir arbeiten zusammen. Wie kann es sein, dass wir nicht gegenseitig unsere Feiern besuchen?“, fragt Deo. Und sie hat nicht den Eindruck, dass sich das verbessert. Eher im Gegenteil.

„Be the change“ – „Sei die Veränderung“ hat Roshika ihre Kampagne genannt. Das Besondere: der Kern ihres Unterstützerteams bestand ausschließlich aus jungen Leuten. Zwar habe sie auch Unterstützung von älteren Leuten bekommen, aber ihr Kernteam bestand ausschließlich aus unter 35-Jährigen. Ziel ihrer Kampagne sei es gewesen, Menschen eine Plattform zu geben, deren Probleme normalerweise ungehört bleiben. Deo und ihre Unterstützer haben nicht nur über die Probleme geredet, sondern oft direkt versucht, diese zu lösen: „Wenn wir Wahlkampf gemacht haben, haben wir Brücken repariert. Wir haben dafür gesorgt, dass Kinder zur Schule gehen konnten.“

Einer, der Deo dabei geholfen hat, ist Lagi Seru, 23 Jahre alt und Student an der University of the South Pacific. Die Hilfe beim Wahlkampf und das Studium unter einen Hut zu bekommen, war für ihn nicht immer einfach. Weshalb er Roshika Deo unterstützt hat? Sie sei so anders gewesen als die politischen Parteien mit ihren festen Strukturen. „Sie war jung und sie hat sich für junge Leute und Frauen eingesetzt“, sagt Seru. Ihr Mut, als junge Frau gegen diejenigen anzutreten, die schon eine ganze Weile politisch aktiv waren, habe ihn beeindruckt. Und er habe gesehen, wie Deo Basisarbeit geleistet hat. In den Dörfern, bei den Menschen. „Das ist der zweite Grund, der mich in ihr Wahlkampfteam gebracht hat“, sagt er. Viele Politiker würden über Themen und Probleme nur sprechen, ohne sie wirklich zu kennen. Deo sei sehr mit den Menschen verbunden und wisse, worüber sie redet. Viele Homosexuelle, Transgender, oder Menschen mit Behinderungen hätten ihren Wahlkampf unterstützt. Menschen, die in Fidschi oftmals außen vor sind. Deo habe diese Menschen in ihren Wahlkampf mit einbezogen. Aber es sei schwierig für das Wahlkampfteam gewesen, wahrgenommen zu werden: „Wir waren junge Leute und in der fidschianischen Kultur ist man

als junger Mensch hinter einer Art Vorhang, was Entscheidungen betrifft und dort hat man zu bleiben.“ Aber am Ende, findet Seru, hätten sie ihre Sache ganz gut gemacht.

Der 17. September war für ihn als Erstwähler ein aufregender Tag: „Du spürst die Verantwortung, die Regierung für die kommenden vier Jahre zu wählen“, sagt Seru. Es sei gut, dass Fidschi nun, nach einer Unterbrechung von acht Jahren, wieder eine gewählte Regierung habe. Nun könne man denjenigen, die jetzt am Ruder sind, nur das Beste wünschen. Für Seru bedeutet das allerdings nicht, dass er in den kommenden vier Jahren nur beobachten möchte, was passiert. Gerade war er bei einer Veranstaltung zum weltweiten Antikorruptionstag: „Es geht nicht nur darum, dass du den Wahlzettel in die Urne wirfst.“ Man könne sich immer noch einmischen, Leserbriefe an die Zeitungen schreiben oder im Internet über Themen diskutieren. „Es ist wichtig, dass man sich als aktiver Bürger weiterhin zu Wort meldet“, sagt Seru, „damit die Politiker wissen, dass du sie gewählt hast und dies die Themen sind, die du angepackt sehen möchtest.“

Ein Thema, das Deo wichtig ist, sind die Frauenrechte. Bei ihrer Arbeit hat sie immer wieder festgestellt, wie schwierig es ist, Veränderungen zu bewirken: „Die Entscheidungsträger waren immer Männer“, sagt sie. „Sie können sich nicht mit dir identifizieren, sie werden dich nicht verstehen.“ Deo hat immer wieder festgestellt, dass sie und andere junge Frauen mit ihren Anliegen nicht ernst genommen wurden: „Weil wir jünger sind und weil wir Frauen sind.“ Das habe sie dazu angespornt, bei der Wahl zu kandidieren. „Ich habe festgestellt, ich habe die Mittel, ich habe die Fähigkeit und ich habe die Möglichkeit, das zu tun“, sagt Deo, „also warum nicht?“ Aber sie merke immer wieder, wie schwierig es gerade für junge Frauen ist, in Führungspositionen zu gelangen. Jeder spreche über die gläserne Decke, die den Aufstieg von Frauen verhindert. „Aber ich glaube, für junge Frauen ist es eine Decke aus Marmor“, sagt Deo. Es gebe so viele Vorurteile und man werde ständig angegriffen.

Deo hat das während des Wahlkampfes selbst erlebt. „Ich bin ein digitaler Bürger“, sagt sie. Twitter, Facebook, Deo nutzt diese Plattformen, um ihre politischen Botschaften zu verbreiten und sich an politischen Diskussionen zu beteiligen. Sobald klar war, dass sie für die Wahl kandidieren würde, hätten die Angriffe in den sozialen Netzwerken angefangen: homophobe Beschimpfungen, Vergewaltigungsdrohungen. „Ich hatte Angst, ich habe über meine Schulter geschaut, wenn ich irgendwo lang gegangen bin“, sagt Deo. Als die Angriffe in den sozialen Netzwerken anfangen, sei sie zur Polizei gegangen, doch die habe das nicht wirklich verfolgt. Die Angriffe gingen weiter, Deo bekam Morddrohungen. „Ich konnte es nicht mehr aushalten“, sagt sie. Und Deo merkte, dass die negative Stimmung in den sozialen

Netzwerken auch ihrem Wahlkampf schadete: „Ich war in einem Dorf und habe mich mit Frauen getroffen. Nach dem Treffen kam ein kleiner Junge und sagte zu den Frauen ‚Bitte, wählt sie nicht, sie ist eine Lesbe.‘“ Deo ging erneut zur Polizei. Die Medien bekamen davon Wind, berichteten darüber und diesmal blieb die Polizei nicht tatenlos. „Da habe ich gemerkt, wie viel Macht man als öffentliche Person hat, um Veränderungen zu bewirken“, sagt Deo. Trotzdem: Bis heute sei niemand wegen der Attacken im Internet bestraft worden.

Die Attacken im Internet waren nicht Deos einziges Problem während des Wahlkampfes. Einschüchterungen kamen auch von der Polizei und dem Militär. Man sei ihr gefolgt, wenn sie zu Wahlkampfveranstaltungen gegangen ist, erzählt Deo. Die Polizei und das Militär hätten mehrfach bei ihr angerufen. Und nicht nur bei ihr, sondern auch bei ihren ehrenamtlichen Unterstützern. Einmal habe einer ihrer Helfer panisch bei ihr angerufen und gesagt „Oh mein Gott, Roshika, was ist los? Weshalb ruft die Polizei bei mir an?“ Der Junge war 19. Die Polizei hätte auch bei Leuten angerufen, mit den Deo sich treffen wollte und gefragt: „Was will sie, was hat sie gesagt?“, solche Dinge, sagt Deo. „Diese Frauen werden wirklich verängstigt und sie werden denken, dass irgendetwas mit mir nicht stimmt, oder ich mich nicht an die Gesetze halte“, sagt Deo. Sie könne sich vorstellen, dass die Menschen anschließend nicht für sie gestimmt haben, weil sie dachten, dass ihre Sicherheit vielleicht bedroht ist, wenn sie für die unabhängige Kandidatin stimmen.

Sieben von 50 Parlamentsabgeordneten in Fidschi, also 14 Prozent, sind Frauen, hinzu kommt die Sprecherin des Parlaments. Damit liegt Fidschi nach einer aktuellen Studie an der Spitze der pazifischen Inselstaaten. In Tonga, Vanuatu, Palau und den Föderierten Staaten von Mikronesien sind Frauen gar nicht im Parlament vertreten.

Deo ist davon überzeugt, dass Fidschi mehr als sieben Frauen im Parlament braucht. Das Parlament funktioniere immer noch wie ein altes Männernetzwerk, so ihr Eindruck. Sie hat die Debatten verfolgt und mehrfach gedacht: „Warum bin ich jetzt nicht dort?“ Niemand habe beispielsweise über die Kosten für die Gewalt gegen Frauen gesprochen. Im Jahr 2011 hätten diese 700 Millionen Fidschi-Dollar betragen: Kosten für die Gesundheitsversorgung, Polizei und Wohlfahrtssysteme. Das geht aus einer Studie des Fiji Women’s Crisis Centre hervor. Und diese Studie hätte nur die Kosten für Fälle eingerechnet, die gemeldet wurden. „Das ist ein wahnsinnig hoher Betrag“, sagt Deo. 700 Millionen FJD (umgerechnet etwa 280 Millionen Euro), das seien 6,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Deo geht davon aus, dass der Betrag seit 2011 sogar gestiegen ist. Niemand habe darüber gesprochen, sagt Deo. „Und dies ist die Haushaltsdebatte.“



Gewalt gegen Frauen ist ein Thema, das bei Deo ganz oben auf der Themenliste steht. Weil es in Fidschi ein großes Problem ist und weil es sie selbst betrifft. Fast zwei Drittel der Frauen in Fidschi haben innerhalb einer Beziehung bereits physische oder sexuelle Gewalt erlebt. Das geht aus einer Umfrage des Fiji Women's Crisis Centre hervor. Deo selbst hat fünf Jahre in einer Beziehung mit häuslicher Gewalt verbracht. Ihr Engagement helfe ihr dabei, die Vergangenheit zu verarbeiten. „Ich denke, dass ich wahrscheinlich nach Gerechtigkeit suche“, sagt Deo, „Wenn du für dich selbst aufstehst, stehst du auch für alle andere Frauen auf.“ Was sie erlebt habe, habe fast jede Frau in Fidschi auf die eine oder andere Art erlebt. Manche erlebten es direkt, andere indirekt durch Verwandte oder Bekannte. Ohne es zu wollen und anfangs auch ohne es zu merken, sei sie für viele Menschen zum Vorbild geworden, sagt Deo. Das sei eine große Verantwortung. Es gebe Menschen, die sie täglich anrufen und um Rat fragen.

Ihr Engagement hat Deo auch im Ausland bekannt gemacht. 2014 wurde sie vom Außenministerium der USA mit der Auszeichnung „International Woman of Courage“ geehrt, es gibt ein Foto davon, wie Michelle Obama, die First Lady der Vereinigten Staaten, Roshika applaudiert. 2013 war sie in der engeren Auswahl für den Internationalen Menschenrechtspreis von Amnesty International. Die Aufmerksamkeit und der Zuspruch, den sie aus dem Ausland erhält, macht Deo stolz. Zugleich macht es sie traurig, dass sie aus dem Ausland Anerkennung bekommt, aber von ihren Landsleuten kaum.

Wenige Tage später wird in Fidschi der Internationale Tag der Menschenrechte gefeiert. Roshika trägt ein schwarzes T-Shirt mit der Aufschrift „Ein bisschen Rebellion hin und wieder ist eine gute Sache“. Sie begrüßt junge Leute von verschiedenen Organisationen, die sich gegenüber vom Busbahnhof versammelt haben. Einige haben Banner mitgebracht „Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit“, ist dort zu lesen und „Stoppt Gewalt“. Polizisten in blauen Uniformen stoppen den Verkehr, etwa 100 Menschen sind nun auf der Straße und laufen an den Geschäften und der Markthalle vorbei in Richtung Stadthalle. „Was wollen wir?“, ruft eine Frau, die weit vorne in der Gruppe läuft, in ihr Megaphon. „Menschenrechte“, rufen die Demonstranten zurück. „Wann wollen wir sie?“, ruft die Frau mit dem Megaphon. „Jetzt“, schallt es zurück. Die Demonstranten laufen an den beiden großen Einkaufszentren der Stadt, MHCC und Tappoos, vorbei. Einige Menschen auf den Bürgersteigen bleiben stehen und schauen ihnen hinterher. „Oh when the free“, beginnt einer in der Menschenmenge zur Melodie von „Oh when the saints go marching in“ an zu singen und nach und nach stimmen die anderen Demonstranten mit ein: „Oh when the free go marching in, I want to be in that number, oh when the free go marching in.“ Deo ist sich sicher, dass eine Demonstration wie diese vor der Wahl nur schwer

möglich gewesen wäre. Sie gehörte zu der Gruppe, die 2013 zeitweise festgenommen wurde, weil sie gegen die neue Verfassung demonstriert hatte.

Für Deo steht fest, dass sie 2018 erneut bei der Wahl antreten wird. Dann jedoch nicht als unabhängige Kandidatin, sondern mit einer eigenen Partei. Andere Parteien hätten Probleme gehabt, Kandidaten zu bekommen und sie habe Leute, die zu ihr kommen und 2018 antreten wollen, erzählt Deo: „Das sind Erfolge für mich.“

### 7.3 Die Bevölkerung

Sie sind diejenigen, die hoffen, dass sich durch die Wahl etwas für sie ändert und dass die Abgeordneten, die sie gewählt haben, in ihrem Sinne Einfluss auf die Zukunft Fidschis nehmen. Die Menschen in Fidschi beobachten, was derzeit im Parlament passiert. Sie haben eine eigene Vorstellung davon, welche Themen wichtig für die Zukunft Fidschis sind.

Wenn man aus der Innenstadt in Richtung Regierungsgebäude geht, kommt man fast jedes Mal an ihm vorbei. Seit vier Jahren putzt Noah Toga hier Schuhe. Fast jeden Tag in der Woche sitzt er an dieser Kreuzung gegenüber der Development Bank vor dem Café bei der Tankstelle. Früher hat der inzwischen 33-Jährige auf dem Bau gearbeitet. Auch für Weiße, wie er betont. Australier, Neuseeländer. Die würden darauf achten, dass während der Arbeitszeit auch wirklich gearbeitet wird, fügt er hinzu. Doch auf dem Bau arbeiten kann Toga nicht mehr. Eine Beinverletzung, die Venen im rechten Bein. „Wenn das schlimmer wird, müssen sie mir das Bein abnehmen“, sagt er. Also putzt Noah Schuhe. Schwarze Schuhputzcreme und eine Bürste sind nun sein Werkzeug. Zwischen 18 und 24 Fidschianische Dollar verdient er so pro Tag, umgerechnet 7,20 Euro bis 9,60 Euro. Und er besitzt ein Stück Land, das er bewirtschaftet. Hauptsächlich baut er Dalo an, eine Pflanze, deren Knolle man ähnlich wie eine Kartoffel kochen kann. Von der neuen Regierung erhofft er sich, dass sie neue Arbeitsplätze schafft. „Nur so können sie Menschen davon abhalten, kriminell zu werden“, sagt er. Ausländische Firmen sollen ins Land kommen. Australische, neuseeländische, am besten Baufirmen. Darin sieht Noah den Schlüssel zum Glück für Fidschi.

Am Tag der Wahl habe er zuerst auf dem Feld gearbeitet. Erst gegen 14 Uhr sei er mit einem Bekannten zum Wahllokal gegangen. Anstehen mussten sie nicht. „Das war wirklich gut organisiert“, sagt er. Mit einem Gefühl von Stolz seien die Leute an dem Tag zu den Wahlurnen gegangen. Es sei gut, dass die Wahl stattgefunden habe. „Jetzt wissen wir, wo wir stehen“, sagt er, „und wir können darauf hoffen, mehr Hilfe von außerhalb zu bekommen.“ Zum Beispiel Sportförderung. Neben seinen beiden Jobs als Schuh-

putzer und Landwirt trainiert Toga ein Volleyballteam. Samstags spielen sie Turniere in einer Hobbyliga. Seine Mannschaft brauche Bälle, Netze, Trikots, erzählt er. Toga hofft auf Hilfe aus Australien oder Neuseeland. Diese Länder würden jetzt wieder mehr mit Fidschi zusammenarbeiten, weil das Land wieder eine Demokratie sei, sagt er.

„Die Menschen in Suva haben keine Ahnung“, sagt ein junger Erstwähler, der auf einer der vielen kleinen Inseln lebt, die zu Fidschi gehören. Er ist nicht glücklich mit der neuen Regierung: „Ich mag Bainimarama nicht“, sagt er, „was ich jetzt sage, hättest du vor der Wahl nicht sagen können.“ Deshalb fühlt der 22-Jährige, der in der abgelegenen Inselgruppe Lau aufgewachsen ist, sich sicherer, wenn in diesem Bericht sein Name nicht genannt wird. „Vor der Wahl war es so: Wenn du etwas Schlechtes über Bainimarama gesagt hast, konnte es passieren, dass du abgeholt, zu den Militärbaracken gebracht und bestraft wurdest“, sagt er. Er habe nicht für Bainimarama gestimmt. Der sei sowieso nur die Marionette des Justizministers Aiyaz Sayed-Khaiyum. „Khaiyum ist sehr schlau“, sagt er. Er sei es gewesen, der in der Vergangenheit die ganzen Gesetze durch Erlasse durchgesetzt habe. Deshalb sei es gut, dass es nun eine Opposition im Parlament gebe. „Wir von der Lau Gruppe sind für SODELPA“, sagt der junge Mann. Die Leute von Fiji First seien vor der Wahl nur in die großen Dörfer gegangen, erzählt er. Denn von dort könnten sie viele Stimmen bekommen. Er wünscht sich Unterstützung von der Regierung: Werkzeuge, Saatgut, Boote. Und die Regierung sollte ihnen helfen, ihre Erzeugnisse zu exportieren. Bislang verkaufen die Menschen aus dem Dorf ihr Obst, Gemüse und den Kava auf dem Markt in Suva. Dort reiht sich ein Obst- und Gemüsestand an den nächsten. Die Verkäufer häufen Bananen, Mangos oder Tomaten vor sich auf. Verkauft wird pro Haufen. An den Wochenenden kommen zusätzliche Verkäufer aus den verschiedenen Regionen Fidschis in die Hauptstadt, um dort ihre Ware anzubieten. Manchmal kommt es vor, dass die Leute aus dem Dorf die Sachen, die sie auf dem Markt verkaufen wollten, wieder mit zurück brächten. „Das ist dann ein großer Verlust“, sagt der junge Mann, „du hast dafür geschwitzt und dann bekommst du nichts.“ Landwirtschaft ist in den meisten Teilen Fidschis noch immer echte Handarbeit. Ochsengespanne sind selten, Traktoren noch seltener. Die Regierung sollte die Ware mit einem Boot abholen und exportieren, findet der 22-Jährige. Er glaubt, dass das auch junge Leute davon abhalten würde, kriminell zu werden. „Viele junge Leute in meinem Alter pflanzen Drogen an, Marihuana“, erzählt er, „aber wenn sie dich schnappen, landest du im Knast.“ Er ist davon überzeugt, dass das nicht passieren würde, wenn die Regierung die Landwirte auf den kleinen Inseln beim Export unterstützen würde.

Ein weiteres großes Problem ist die Jugendarbeitslosigkeit. Die lag nach Angaben der Weltbank im Jahr 2013 in Fidschi bei 19,2 Prozent. Die jun-

gen Leute gingen zur Uni, zahlten für ihre Ausbildung und bekämen danach keine Stelle, erzählt der junge Mann. „Du kannst dein Unizeugnis wegwerfen“, sagt er. „Es bringt dir nichts.“ Trotzdem hätte er gerne studiert. Aber ein Studium in Fidschi ist teuer. Um beispielsweise einen Bachelorabschluss an der University of the South Pacific zu bekommen, muss man mindestens 24 Kurse belegen. Die Studiengebühren pro Kurs liegen zwischen 345 FJD und 780 FJD (umgerechnet zwischen 140 Euro und 310 Euro). „Wenn du kein Geld hast, kannst du nicht zur Uni gehen“, sagt er. Tatsächlich können sich viele Studenten die Ausbildung nur leisten, weil sie durch ein Stipendium unterstützt werden.

Der 22-Jährige sieht aber auch die Vorteile seines Lebens auf der kleinen Insel: „Du bist dein eigener Chef, niemand kommt und überwacht dich“, sagt er. „Du stehst auf, siehst den Sonnenaufgang, arbeitest, siehst den Sonnenuntergang, trinkst Kava und gehst schlafen.“ Dass sich auf der kleinen Inselgruppe in den kommenden vier Jahren viel ändern wird, glaubt er nicht. „Wenn, dann auf der Hauptinsel.“

Beim abendlichen Kava-Trinken auf der kleinen Insel wird deutlich, wie groß die Abneigung einiger iTaukeis gegen die Indo-Fidschianer in manchen Teilen Fidschis sind. Dass jetzt alle Bewohner des Landes als Fidschianer bezeichnet werden, trifft die Männer: „Um es kurz zu fassen: Fidschianer mögen es nicht, wenn jemand anderes Fidschianer genannt wird“, sagt einer der Männer. Er findet, dass die iTaukeis und nur die iTaukeis als Fidschianer bezeichnet werden sollten. „Zurück, zurück, sie sollen alle zurück geschickt werden“, sagt ein anderer Mann und meint damit die Indo-Fidschianer, die in den meisten Fällen seit mehreren Generationen in Fidschi leben. Sie könnten schon bleiben, sagt ein anderer, sollten aber nicht in der Regierung sitzen. Ein anderer Mann mischt sich ein: „Um es kurz zu fassen“, sagt er, „ich denke, es ist bei uns wie mit Israel und Palästina. Nur ein bisschen kleiner. Wir wollen nicht, dass die Inder unser Land besitzen.“ Einige der Männer gehen davon aus, dass es bald den fünften Putsch in der Geschichte Fidschis geben wird.

Dass es nun eine Opposition im Parlament gebe, sei gut. Darin stimmen die Männer überein. Zuvor musste jeder tun, was Bainimarama sagte. Doch wenn die Männer verfolgen, was im Parlament diskutiert und beschlossen wird, bereitet es ihnen Sorgen: „Wir wissen nicht, woher das Geld kommt, von dem sie all das bezahlen.“ Die Regierung habe dafür gesorgt, dass der Schulbesuch kostenlos ist. Bislang mussten die Kinder Schulgebühren zahlen. „Das machen sie, damit wir sie wählen“, sagt einer der Männer. „Diese Regierung ist Mist“, ruft ein anderer dazwischen. Irgendwann müsse Fidschi die Schulden zurückzahlen, mit denen die aktuellen Ausgaben finanziert werden. Die Männer auf der Insel sehen die Haushaltspläne der Regie-

rung kritisch: „Sie denken nur an die derzeitige Generation und nicht an die Zukunft“, sagt einer. Die Männer auf der kleinen Insel haben Angst, dass China zu einflussreich wird. „Brauchen wir wirklich die Hilfe von China?“, fragt einer in die Runde und erntet von seinen Sitznachbarn ein zustimmendes Kopfnicken. „In Fidschi brauchen wir kein Geld. Wir bestellen unser Land, gehen fischen, und trinken Kava“, erklärt ein Mann, „alles ist kostenlos.“ In einem Punkt sind sich die Männer an der Kava-Schüssel trotz der Sorgen um die Zukunft des Landes einig: „Egal, was passiert: Fidschi ist immer ein guter Ort.“

#### **7.4 Der Demokratie-Aktivist – Pita Waqavonovono**

Er ist jemand, der sich bereits zu einer Zeit für Demokratie in Fidschi eingesetzt hat, als verschiedene Staaten wegen der politischen Situation noch Reisewarnungen für den Inselstaat ausgesprochen hatten. Pita Waqavonovono, iTaukei und Präsident der Jugendorganisation der Partei SODELPA. Viele Menschen in Fidschi hatten damit gerechnet, dass Waqavonovono bei der Wahl 2014 als Kandidat antreten würde. Doch er hat sich dazu entschlossen, sich stattdessen in der Jugendarbeit einer Partei zu engagieren. Waqavonovono möchte eine Ebene schaffen, auf der sich junge Menschen einbringen können. Deshalb habe er die Jugendorganisation von SODELPA gegründet. „Ich hoffe, dass wir dabei helfen, die Ansichten zu ändern und die Stereotype aufzubrechen, die die Leute über junge Menschen haben, die sich in der Politik engagieren“, sagt Waqavonovono. Er ist zuversichtlich, dass ihm das mit der Jugendorganisation von SODELPA gelingen kann: „Ich kann schon erkennen, dass es erste Veränderungen gibt.“ Waqavonovono sitzt in einem Büro der Partei im Regierungsgebäude. Die einzelnen Büros sind durch Glaswände voneinander abgetrennt. Bis auf einen Tisch, einen Schreibtisch und ein paar Stühle, ist der Raum fast leer. Die Partei ist erst vor wenigen Wochen in das Parlamentsgebäude eingezogen. Waqavonovono trägt einen Sulu und ein Hemd, darüber eine Steppweste. Die Klimaanlage summt im Hintergrund.

Viele junge Leute hätten die Demokratie herbeigesehnt und viele von ihnen hätten sich im Wahlkampf engagiert, erzählt Waqavonovono. Die Jugendlichen seien aus allen Schichten und Regionen Fidschis gekommen. „Das zeigt, dass viele junge Leute helfen wollen, unsere neue Demokratie mit aufzubauen“, sagt Waqavonovono. Die Jugendlichen hätten sich vor allen Dingen für Themen interessiert, bei denen es um Ausbildung und Chancen auf dem Arbeitsmarkt geht, aber auch um die Finanzierung von Jugendgruppen und eine bessere Vernetzung der engagierten Jugendlichen untereinander.

Vor der Wahl seien die jungen Leute aufgeregt gewesen, erzählt Waqavonovono. Für viele war es das erste Mal, dass sie wählen durften. Es habe aber auch Verwirrungen und Ängste gegeben: „Viele junge Leute sind in einem System aufgewachsen, in dem sie gesehen haben, wie ihre Freunde verhaftet oder gefoltert wurden, weil sie sich für Demokratie eingesetzt haben, und Ansichten hatten, die nicht mit denen der damaligen Regierung ...“, Waqavonovono verbessert sich, „... ich meine Diktatur, übereinstimmen.“

Waqavonovono gehört zu denjenigen, die sich nach dem Putsch von 2006 für Demokratie eingesetzt haben. Er weiß aus eigener Erfahrung, welche Konsequenzen es hatte, wenn man sich öffentlich gegen die Militärregierung aussprach. Es sei nicht einfach gewesen damals, nach dem Putsch von 2006, sagt er: „Man wurde von der Polizei oder vom Militär angerufen und gefragt, was man gerade tut oder was man an einem bestimmten Ort gemacht hat. Manchmal sind sie uns auch gefolgt.“ Er selbst sei vier Mal verhaftet worden. Mehr möchte er dazu heute nicht sagen, erklärt er mit einem Seitenblick auf die Kollegin, die am Nachbarschreibtisch sitzt und konzentriert auf ihrem Laptop tippt.

Auf Facebook geht Waqavonovono offen mit seinen Erlebnissen während der Zeit der Militärregierung um. Er hat auf seiner Facebook-Seite, mit knapp 5.000 Freunden, mehrfach darüber geschrieben, wie er gemeinsam mit anderen Demokratie-Aktivisten an Heiligabend 2006 abgeholt und zum Stützpunkt des fidschianischen Militärs gebracht wurde. Laisa Digitaki-Weleilakeba, die damals gemeinsam mit Waqavonovono auf dem Stützpunkt des Militärs festgehalten wurde, hat in einer Stellungnahme für ihre Anwälte aufgeschrieben, was damals auf dem Militärgelände passiert ist. Die sechs Seiten lange Stellungnahme wurde später auf verschiedenen regimekritischen Blogs veröffentlicht. Digitaki-Weleilakeba beschreibt unter anderem, wie sie, Waqavonovono und vier weitere Regimegegner sich auf den Asphalt legen mussten und von den Soldaten beschimpft wurden. „Einer von ihnen lief auf unsere Gesichter zu und befahl uns, seine Stiefel zu küssen“, beschreibt sie. An einer anderen Stelle heißt es: „Gleich darauf sprang ein Paar Stiefel auf meinen mittleren und unteren Rücken und sprang für einige Sekunden darauf herum.“ Digitaki-Weleilakeba konnte fühlen, wie Stiefel über ihren Körper rannten, „gefolgt von Tritten in die Seite und Schläge in mein Gesicht“. Waqavonovono nennt diese Erlebnisse in einem Facebook-Eintrag das schlimmste Weihnachten, das er je erlebt hat.

Er sei nur einer von vielen gewesen, die unterdrückt worden sind, sagt Waqavonovono. Doch sie hätten sich dagegen gewehrt. Die Demokratie-Befürworter hätten sich weiter zu Wort gemeldet, wären weiter aktiv gewesen und sie hätten all das friedlich getan.

Es gibt ein Video von Waqavonovono aus dem Jahr 2011. Er singt als Solist bei der Zeugnisverleihung an der University of the South Pacific das Lied „Sign of a victory“ von R. Kelly. Die Zeugnisverleihung der Regionaluniversität ist ein wichtiges Ereignis in Fidschi, sogar das Fernsehen berichtet über die Zeremonie, die in der größten Sporthalle des Landes stattfindet. Waqavonovono steht im Sulu auf der Bühne, und bewegt sich im Takt der Musik von links nach rechts. Hinter ihm auf der Tribüne stehen etwa 100 junge Menschen und bilden mit einem kräftigen Klang das Fundament für Pitas Stimme. „Wenn du weiterkämpfst, nachdem du deine Kraft verloren hast, dann ist das ein Zeichen des Sieges“, singt Waqavonovono und streckt eine Hand mit zum Peace-Zeichen gespreizten Fingern in die Höhe.

Bis heute habe ihn niemand um Vergebung gebeten, sagt Waqavonovono. Hin und wieder treffe er Menschen, die an seiner Festnahme beteiligt waren. Fidschi ist ein kleines Land. Man läuft sich immer wieder über den Weg. Aber er habe sich da ein dickes Fell zugelegt, sagt Waqavonovono: „Ich glaube, dass sie wahrscheinlich ein größeres Problem damit haben, mich zu sehen, als ich ein Problem damit habe, sie zu sehen.“ Er glaubt daran, dass es eines Tages Gerechtigkeit geben werde: „Ich weiß, dass sie im Gefängnis landen werden oder dass Gott für Gerechtigkeit sorgen wird.“

Ob diese und ähnliche Fälle, die nach dem Putsch 2006 in Fidschi geschehen sind, aufgearbeitet werden, ist fraglich. Zurzeit sieht es nicht danach aus. In der Verfassung wird in Kapitel zehn die Immunität für alle Vorkommnisse, die im Zusammenhang mit der Regierung im Zeitraum vom 5. Dezember 2006 bis zur aktuellen Wahl vorgefallen sind, als absolut, vorbehaltlos und unwiderruflich festgeschrieben. Waqavonovono erinnert daran, dass die Bevölkerung dazu gezwungen wurde, diese Verfassung anzunehmen. „Und dieser Abschnitt in der Verfassung kann nicht geändert werden, kann nicht angefasst werden“, sagt Waqavonovono. Solange das so sei, könne es keine Gerechtigkeit geben. Es gebe keine Gerichtsverfahren und auch keine Berichterstattung zu diesen Fällen. „Ich denke“, sagt Waqavonovono, „eine unserer größten Herausforderungen ist es gerade, dieses Gesetz anzupacken.“

Man müsse aber auch schauen, wie man künftig mit den Handelspartnern des Landes umgeht, sagt Waqavonovono; den traditionellen Handelspartnern und denen, die neu hinzu gekommen sind, wie China, Kuba oder Iran. Viele Länder hätten Fidschi während der Zeit der Diktatur auf Distanz gehalten. Nun seien viele Staaten daran interessiert, Fidschi beim Aufbau einer Demokratie zu helfen. „Das zeigt“, sagt er, „dass viele Menschen die Zukunft unserer Wirtschaft und unseres Volkes als vielversprechend ansehen.“

Waqavonovono hofft, dass die Finanzen des Staates endlich transparenter werden. Seit 2007 seien die Berichte des obersten Rechnungsprüfers unter

Verschluss gehalten worden. Erst nach der Wahl wurden sie erstmals veröffentlicht. Nun habe man endlich Einblick in die Berichte. „Man kann sehen“, sagt Waqavonovono, an diesem Tag kurz vor der Haushaltsdebatte, „dass die Diktatur wirklich viel Geld der Steuerzahler verschwendet hat.“ Er hofft, dass sich durch die neue Demokratie für die Menschen neue Möglichkeiten eröffnen.

Doch Fidschi steht in Waqavonovonos Augen vor einer weiteren großen Herausforderung. Es gebe noch immer eine Trennung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Fidschi, meint Waqavonovono. Ein Grund dafür sei, dass es den iTaukei und den Indo-Fidschianern in der Geschichte ermöglicht wurde, sich getrennt voneinander zu entwickeln. Es gab zwei verschiedene Kulturen, die nur selten Gelegenheit dazu hatten, zusammenzufinden. „Viele Menschen wollen nicht gezwungen werden, das zu ändern“, sagt Waqavonovono, „doch diese Diktatur hat uns dazu gezwungen. Sie haben alle in diesem Land gleich gemacht und gesagt, dass wir alle unter der gemeinsamen Sprache Englisch vereint sind und sie bezeichnen jeden als Fidschianer.“ Man kann Waqavonovonos Stimme anhören, dass er damit nicht einverstanden ist. Anstatt sich dagegen aufzulehnen, habe man sich jedoch für den Fijian Way, die fidschianische Art, entschieden: Friedlich sein, die Dinge hinterfragen und auf Veränderungen hinarbeiten. „Wenn du in diesem Land etwas ändern möchtest“, sagt er, „brauchst du wie in jedem anderen Land auch die Zustimmung der Bevölkerung.“ Spricht man mit Reisenden, die schon seit langer Zeit regelmäßig nach Fidschi kommen und die politische Entwicklung verfolgt haben, werden meist gerade Bainimaramas Bemühungen, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu vereinen, gelobt. Doch gerade unter iTaukeis ist Bainimaramas „Wir-sind-alle-Fidschianer-Strategie“ umstritten.

Waqavonovono gehört zu den wenigen Menschen in Fidschi, die ganz offen darüber sprechen, dass sie die frühere Interimsregierung für eine Diktatur halten. Und er ist der Meinung, dass auch die derzeitige Regierung eine Diktatur ist. Waqavonovono unterscheidet zwischen der vorherigen Diktatur und der jetzigen Diktatur. Nutzt er doch einmal das Wort „Regierung“, verbessert er sich gleich darauf: „Ich meine Diktatur.“ Er hat dafür eine einfache Erklärung: „Man kann nicht erwarten, dass eine Diktatur ein paar Tage nach der Wahl verschwindet.“ Die Wahl habe stattgefunden, Fiji First habe gewonnen und die alte Mannschaft sei weiterhin am Ruder. Es sei die gleiche Mannschaft, die Fidschi während der Diktatur regiert habe. „Wir können nicht von ihnen erwarten, dass sie die Grundsätze der Demokratie von heute auf morgen lernen“, sagt Waqavonovono. Aber er hat ein klares Ziel vor Augen: „Wir wollen eine wirkliche fidschianische Demokratie aufbauen.“ Damit das gelingen kann, müssten alle Beteiligten zusammen ar-



beiten. Das sei nicht immer einfach, aber das sei eine Verpflichtung, die nun von allen Führungspersonen eingegangen werden müsse. „Es gibt zurzeit allerdings viele Dummköpfe. Aber wir hoffen, dass Dialog und Diplomatie stärker sind als diese Probleme.“ Man müsse in Fidschi jetzt aufpassen, sagt Waqavonovono: „Denn das Letzte was wir wollen ist, eine Demokratie aufzubauen, die eigentlich nur die Fassade einer autoritären Regierung ist.“

### **7.5 Der Minister – Parveen Kumar Bala**

Er ist in einer Position, in der er in den kommenden vier Jahren die Zukunft Fidschis beeinflussen kann: Parveen Kumar Bala, Indo-Fidschianer, Mitglied von Fiji First, Parlamentsmitglied und Minister für Lokalbehörden, Wohnungsbau und Umwelt. Bei der Wahl im September hat er das drittbeste Ergebnis seiner Partei eingeholt. Hinter Premierminister Bainimarama und dem Justizminister Aiyaz Sayed-Khaiyum. Darauf weist Bala mit stolzer Stimme hin. Im Parlament sitzt Bala in der zweiten Reihe. Neben dem Minister für Arbeit, Produktivität und Beziehungen zur Industrie und dem Minister für Zuwanderung und Nationale Sicherheit und Verteidigung.

„Politik war schon so lange in meinem Herzen und in meinen Gedanken“, erzählt Bala am Besprechungstisch in seinem Büro, unweit des Parlamentsgebäudes. Zeitungen stapeln sich auf dem ovalen Holztisch, an der Wand hängen die fidschianische Flagge, eine Landkarte Fidschis und ein Porträt Bainimaramas im Goldrahmen. 25 Jahre habe er in der Verwaltung gearbeitet, zwölf Jahre sei er Bürgermeister gewesen, erzählt Bala. Demokratie kenne er aus der Gemeindeverwaltung. Im Parlament sei es im Prinzip ähnlich: „Es ist lediglich ein größerer Ort.“ Die ersten Wochen im Parlament fand der Minister sehr interessant. Für ihn als Parlamentsneuling sei es spannend gewesen, die Debatten zu beobachten. Und aus Sicht der Regierung könne er nur sagen, dass sich alle Mitglieder beim Haushaltsentwurf, der gerade im Parlament diskutiert wird, sehr gut eingebracht hätten. Die Opposition lehnt den Haushaltsentwurf ab, der derzeit im Parlament diskutiert wird. „Wir haben die Opposition immer gebeten, mit uns zusammenzuarbeiten und das Land voranzubringen. Leider haben sie das nicht getan“, sagt Bala, „vielleicht ist es dafür noch zu früh.“ Die wirkliche Herausforderung für die Regierung werde nun sein, zu liefern. Man habe das Geld den verschiedenen Ressorts zugewiesen, sagt der Minister, nun müsse dieses Geld gut eingesetzt werden.

Inzwischen, so erklärt Bala, kämen auch wieder Hilfsorganisationen auf Fidschi zu. Vor der Wahl hätten sich viele Organisationen zurückgehalten. Aber, schiebt er schnell hinterher, man hätte gute Beziehungen zu anderen Staaten. Vor allen Dingen zu China: „Sie waren in guten und in

schlechten Zeiten da.“ Der Besuch des chinesischen Präsidenten und des indischen Premierministers liegt zu diesem Zeitpunkt erst wenige Wochen zurück.

Bala war sich sicher, dass seine Partei Fiji First bei der Wahl einen erdrutschartigen Sieg einfahren würde. „Ich denke, dass die Menschen Kontinuität wollten“, sagt er, „und ich denke, dass die Menschen Fiji First wollten, weil wir für ein geeintes Fidschi geworben haben und nicht für die Trennung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen.“ Darauf angesprochen ob es nicht auch sein könnte, dass viele Menschen mehr aus Sorge um die Stabilität des Landes für Fiji First gestimmt haben, räumt Bala ein, dass das bis zu einem gewissen Grad durchaus zutreffend sei. „Die Menschen wollten Sicherheit und unter Bainimarama hat es Frieden und Sicherheit gegeben“, sagt Bala.

Auf die Zeit der Militärregierung in den Jahren 2006 bis 2014 angesprochen, erklärt der Minister: „Was auch immer passiert ist, war zum Wohle der Menschen.“ Fragt man danach, ob die Gesetze, die während der Zeit der Militärregierung ohne demokratische Grundlage erlassen wurden, nun erneut im Parlament diskutiert werden sollen, sagt Bala: „Ich bin nicht in einer Position, das zu kommentieren.“ Er verweist darauf, dass zu dieser Frage lediglich der Justizminister Auskunft erteilen könne. Auch zur Rolle des Präsidenten möchte Bala sich nicht äußern. Welche Stellung der Präsident im fidschianischen Staat innehat, kann, will oder darf er nicht erklären. „Es gibt Dinge, über die ich befugt bin zu sprechen, und es gibt Dinge, über die ich nicht befugt bin zu sprechen“, sagt der Minister, „da müssen Sie den Justizminister fragen.“

Per Handy ruft Bala seine Vorzimmerdame. Wenige Augenblicke später betritt eine iTaukei-Frau den Raum. Bala bittet die Frau, ihm die Fernbedienung für die Klimaanlage zu bringen. Die Fernbedienung liegt auf einem kleinen Tisch, etwa zwei Meter von Bala entfernt. Nachdem er die Temperatur der Klimaanlage eingestellt hat, trägt er der Vorzimmerdame auf, ihm Kaffee zu bringen und setzt das Gespräch fort.

Es sei wichtig für Fidschi, dass es nun eine gewählte Regierung gebe. Die Übergangsregierung habe die Basis für das neue Fidschi geschaffen, sagt Bala und klingt dabei nicht zum ersten Mal so, als rezitiere er aus einem Partei-Heftchen. Die Übergangsregierung habe es geschafft, die Grenzen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen abzubauen. In der Verfassung sei nun festgeschrieben, dass alle gleich sind. Deshalb sei es für ihn auch wichtig gewesen, dass ganz Fidschi ein Wahlkreis war. „Nun sind wir wirklich vom Volk berufen“, sagt er, „das bedeutet eine ganze Menge für Fidschi. So viele Anführer haben dies probiert und unter Bainimarama wurde es erreicht. Es sieht gut aus für Fidschi.“

## 8. Das Parlament

Der Eingang des Parlaments liegt in einer Nebenstraße, direkt gegenüber des Albert Parks. Sicherheitskontrollen gibt es nicht. Waffen zu besitzen, sei in Fidschi verboten, erklärt ein Polizist, der die Parlamentssitzung bewacht. Auch er ist unbewaffnet. Nur das Militär darf in Fidschi Waffen tragen.

Vor der ersten Sitzung des Parlaments Anfang Oktober ist der Sitzungssaal renoviert worden. Der Raum ist halbhoch mit dunklem Holz vertäfelt, die Bänke der Parlamentarier sind dreireihig in einem offenen Halbkreis angeordnet und ebenfalls aus dunklem Holz. 50 Sitze hat das Parlament. Zurzeit besteht es aus 32 Abgeordneten von Fiji First, 15 der Partei SODELPA und drei der National Federation Party (NFP). Hinzu kommt der Sprecher des Parlaments, der diesmal eine Frau ist, wie viele Fidschianer stolz betonen. Der Platz der Sprecherin wird von zwei Flaggen eingerahmt, an der Wand hängt das fidschianische Staatswappen: Zwei Fidschianer in grünen Röcken mit Speer und Kriegskeule, die ein Schild in der Hand halten. Darauf sind ein rot-weißes Georgskreuz zu sehen und ein goldener Löwe, der eine silberne Kokosnuss zwischen seinen Pranken hält. Auf weißem Grund sind eine Zuckerrohrpflanze, Palmen, eine Friedenstaube und eine Bananestaude abgebildet. Über dem Schild ist ein traditionelles, fidschianisches Boot zu sehen, unter dem Wappen steht das Motto Fidschis: „Rerevaka na Kalou ka Doka na Tui.“ – „Fürchte Gott und ehre die Königin.“

An diesem Montag Anfang Dezember findet die erste Versammlung der aktuellen Sitzungsperiode statt. In den kommenden Tagen will das Parlament über den Haushalt entscheiden. Die heutige Sitzung soll um halb zehn beginnen. So ist es angekündigt. Um zwanzig vor zehn sind rund 15 Abgeordnete im Sitzungssaal versammelt. Eine halbe Stunde später sind nur noch drei Abgeordnete anwesend und blättern durch die Unterlagen der Sitzung, die noch nicht begonnen hat. Dann verlassen auch sie den Raum. Weshalb die Sitzung noch nicht läuft, können auch die Wachleute nicht sagen. Hin und wieder betreten Parlamentsabgeordnete, die man an einem kleinen Anstecker mit der fidschianischen Flagge erkennen kann, den Raum und verschwinden wieder. Um kurz nach elf ruft der einzige Abgeordnete im Sitzungssaal den Zuschauern, die bislang noch nicht viel zu sehen bekommen haben, ein fröhliches „Tee-Pause“ entgegen. Und weg ist er. Gegen zwanzig nach elf ertönt plötzlich eine Klingel, immer zwei Töne im Wechsel. Der Sitzungssaal füllt sich. Doch genauso schnell, wie sie gekommen sind, verlassen die meisten Abgeordneten den Saal auch wieder. „Das sind alles Steuergelder“, ruft eine Frau von den Zuschauerbänken ihnen hinterher. Gegen viertel vor zwölf ertönt erneut die Klingel. Diesmal bleiben die Abgeordneten, die inzwischen zurückgekehrt sind, auf ihren Plätzen.

Durch eine Seitentür betritt die Sprecherin des Parlaments den Saal, zusammen mit den Parlamentssekretären. Alle drei tragen schwarze Roben und weiße Perücken. Ein Polizist in Galauniform schreitet vorweg. Er trägt den sogenannten Amtsstab, eine Art verzierte Holzkeule. Die Abgeordneten und die rund 30 Zuschauer erheben sich, die Polizisten schließen den Durchgang zwischen Sitzungssaal und Zuschauerraum mit einem Holzbalken.

„Lassen sie uns beten“, sagt die Parlamentssprecherin. Die Abgeordneten senken die Köpfe, viele falten die Hände und schließen die Augen. Religion ist wichtig in Fidschi. Das zeigt sich auch im Alltag. Ob Volleyballtraining oder Chorprobe, viele Veranstaltungen beginnen und enden mit einem gemeinsamen Gebet. Die Parlamentssprecherin betet, dass die Abgeordneten die richtigen Entscheidungen treffen und Fidschi und seine Bewohner in eine gute Zukunft führen mögen. Mit einem gemeinsamen „Amen“ endet das Gebet.

„Ich möchte die Verspätung heute Morgen entschuldigen“, sagt die Sprecherin. Dann ermahnt sie die Abgeordneten, dass Kritik an der Sprecherin des Parlaments ein Angriff auf das Parlament selber sei. Biman Prasad, Vorsitzender der NFP, hatte sich zuvor öffentlich zur Rolle der Sprecherin geäußert und ihr vorgeworfen, dass sie sich in ihren Entscheidungen von der Regierungspartei beeinflussen lasse. Und das, obwohl die Sprecherin, die den formalen Ablauf innerhalb des Parlaments vorgibt, eigentlich neutral sein sollte. Die Sprecherin Jiko Fatafehi Luveni war ursprünglich als Abgeordnete von Fiji First ins Parlament gewählt worden, gab ihren Sitz jedoch auf, als sie zur Sprecherin ernannt wurde. Nun erinnert sie die Abgeordneten daran, dass diese zu jeder Zeit das Parlament und seine Integrität zu schützen haben. Dann kann die Fragestunde des Parlaments beginnen.

Wenige Tage später, auch an diesem Tag hat die Parlamentssitzung mit einer Verspätung begonnen, soll über den Haushalt abgestimmt werden. Doch es gibt Schwierigkeiten: Es geht um die Frage, ob die Opposition alle Unterlagen zum Haushaltsentwurf fristgerecht erhalten hat. Und die Opposition ist der Meinung, dass die veranschlagten Summen teilweise fehlerhaft seien. Die Regierung hingegen behauptet, dass der Haushaltsentwurf lediglich einige Rechtschreibfehler enthält. Ein Mitglied der Opposition stellt den Antrag, dass der Haushaltsentwurf zurückgezogen, korrigiert und erneut ins Parlament eingebracht werden soll. „Die Fehler im Haushaltsentwurf sind substantiell“, sagt der SODELPA-Abgeordnete Ratu Isoa Tikoca. Sein Antrag wird abgelehnt. Auf einmal erheben sich alle Oppositionsmitglieder von ihren Plätzen und verlassen wortlos den Saal.

Später wird Justizminister Sayed-Khaiyum das Verhalten der Opposition kritisieren: „Sie haben nicht nur das fidschianische Volk im Stich gelassen, sondern vor allen Dingen diejenigen, die bei der Wahl für sie gestimmt haben.“ Die Oppositionsführerin Ro Teimumu Kepa wird das Vorgehen der

Opposition verteidigen: „Wir können nicht bei etwas mitmachen, was nicht rechtmäßig und nicht richtig ist.“ Man versuche, mit der Regierung zusammen zu arbeiten. Man stelle Anträge, aber man werde nicht gehört.

Nachdem die Opposition den Saal verlassen hat, herrscht unter den Abgeordneten kurzzeitig Verwirrung. Einer der Fiji-First-Abgeordneten stellt den Antrag, die Sitzung zu vertagen, zieht diesen jedoch nach kurzem Getuschel mit seinen Kollegen zurück. Die Sprecherin stellt fest, dass die Mehrheit der Parlamentsmitglieder anwesend ist und man mit der Sitzung fortfahren könne. „Irgendwelche Einwände gegen Punkt Nummer eins?“, fragt die Sprecherin und lässt kurz ihren Blick über die noch anwesenden Abgeordneten schweifen, „Nein? Also einstimmig angenommen. Irgendwelche Einwände gegen Punkt Nummer zwei?“ Kurze Zeit später ist der Haushaltsentwurf gebilligt.

## **9. Vinaka vakalevu – Vielen Dank**

Die Heinz-Kühn-Stiftung hat es mir ermöglicht, in einer Region zu recherchieren, in die man als Journalist nur selten kommt. Dafür möchte ich mich recht herzlich bedanken. Ein großer Dank gilt vor allen Dingen Ute Maria Kilian, dich mich vor und während meiner Reise mit viel Freude und Enthusiasmus unterstützt hat. Außerdem möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die mir während meiner Recherche in Fidschi geholfen haben: Meinen Interviewpartnern, meinen Tippgebern, meinen Freunden aus der Zeit meines Auslandssemesters und den vielen anderen Menschen, denen ich auf meiner Reise begegnet bin. Vinaka vakalevu!